

# Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

**Bezugspreis:** In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 8 Gld., Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Fernruf Nr. 594 und 595.

**Anzeigenpreis:** Die einseitige Millimeterzeile 15 Groschen, die einseitige Reklamezeile 125 Groschen, Danzig 10 bz. 80 Pz. Bf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat und schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.  
Postkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 167.

Bromberg, Freitag den 24. Juli 1931.

55. Jahrg.

## Frankreichs „Abrüstung“.

Die französische Regierung hat am Dienstag dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note übermittelt, die das Programm der französischen Regierung für die Abrüstungskonferenz enthält. In der Note lehnt die französische Regierung kategorisch die These der gleichen Stellung aller Mächte in der Durchführung der internationalen Abrüstungsverpflichtungen ab und vertritt hierbei mit ungewöhnlicher Schärfe die bekannte französische Forderung, daß die internationalen Verträge nach wie vor als alleinige unerschütterliche Grundlage für die darin geschaffenen Verpflichtungen anerkannt werden müssen. Im übrigen sucht die französische Regierung in der Note in großer Aufmachung den Nachweis zu führen, daß Frankreich bereits außerordentlich weitgehende Maßnahmen zur Beschränkung der Rüstungen und zur Erfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durchgeführt hat und daß die französische Regierung zunächst abzuwarten gedenkt, wie weit die anderen Mächte nimmehr zu einer Erfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtungen schreiten.

In Genf hat das große „Abrüstungsprogramm“ der französischen Regierung, das am Dienstag abend vom Völkerbundsekretariat veröffentlicht worden ist, wie eine ungeheure Sensation gewirkt. Es legt — gerade in diesem Augenblick während der Londoner Verhandlungen und während des Besuchs des amerikanischen Staatssekretärs Stimson in Europa — in einer völlig unerwarteten aber endgültigen und eindeutigen klaren Fassung in brutaler Offenherzigkeit die Grundsätze der französischen Abrüstungspolitik und darüber hinaus die Richtlinien und Ziele der französischen Außenpolitik auf diesem Gebiet dar. Über das gesamte Abrüstungsproblem dürfte mit diesem Moment eine völlig neue Lage geschaffen sein.

Die Grundzüge des französischen Abrüstungsproblems sind folgende:

1. Jeder Staat muß genügend bewaffnet bleiben, um sich noch vor dem Einbreiten des Völkerbundes gegen einen unprovokierten Angriff schützen zu können.
2. Die Rüstungen dürfen nicht unter die für die regionale Sicherheit notwendige Grenze herabgesetzt werden.
3. Eine Äquivalenz oder automatische Gleichstellung der Rüstungen aller Staaten.
4. Schärfste Einhaltung des Teiles 5 des Versailler Vertrages, der für die 4 besetzten Staaten — Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien — bestimmte Aufrüstungsverbote für alle Zukunft festlegt.
5. Alle Beschlüsse der Abrüstungskonferenz müssen auf der eingeschränkten Anerkennung der internationalen Verträge aufgebaut sein.
6. Die Abrüstungskonferenz muß ein politisches System der Sicherheit schaffen, indem sich die Staaten gegenseitig sofortige und wirksame Unterstützung garantieren.

Die Abrüstungsnote gliedert sich in drei Teile. In langen Ausführungen wird im 1. Teil das Verhältnis zwischen Teil 5 des Versailler Vertrages, der die Rüstungsbegrenzungen für die vier besetzten Staaten festlegt und Art. 8 des Völkerbundespaktes auseinandergesetzt, der die Herabsetzung der Rüstungen von den nationalen Sicherheitsbedingungen, insbesondere geographischen, abhängig macht. Sollten die Abrüstungsbestimmungen in Art. 5 des Versailler Vertrages gleichmäßig und allgemein auch auf die übrigen Staaten angewandt werden, so würde Art. 8 des Völkerbundespaktes jede Bedeutung und jeden Wert verlieren. Teil 2 behandelt die von Frankreich bereits getroffenen Maßnahmen der Herabsetzung der Rüstungen, zu denen die französische Regierung im Hinblick auf das Abkommen von Locarno bereits geschritten sei. Die Note gibt sodann ziffernmäßig die gegenwärtigen Heeres- und Flottenstreitkräfte sowie die Luftstreitkräfte an. Die Luftstreitkräfte, von denen bisher bekannt war, daß sie erheblich über 2000 aktiv verwendbare Militärflugzeuge umfassen, werden nur mit 1210 Flugzeugen angegeben. Im 3. Teil geht die Note auf den politischen Charakter der Abrüstungsfrage ein. Eine Herabsetzung der Rüstungen setzt Vertrauen voraus. Kann man jedoch hoffen, daß ein solches Vertrauen herrschen werde, wenn das Gefühl besteht, daß das Problem heute weniger gut ist, den Frieden im Interesse aller zu organisieren, als zum Nutzen einiger die gegenwärtige Ordnung abzuändern und wenn die Staaten Veranlassung zu der Annahme haben, daß ihre auf den Verträgen aufgebaute Existenz heute bedroht ist? Tatsächlich muß jetzt die Gesamtheit der internationalen Lage geändert werden. Eine politische Lösung muß gefunden werden. Das Genfer Protokoll bot eine derartige Lösung. Die Abkommen von Locarno bedeuten eine vollständige Regelung nur für einen Teil Europas. Die französische Regierung ist durchdrungen von der Notwendigkeit einer Sicherheit, die sich alle Staaten durch gegenseitige sofort wirksame Unterstützung garantieren.

## Die unheilvolle französische Abrüstungsdenschrift.

London, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Abrüstungsdenschrift, die wegen der Londoner Konferenz etwas in den Hintergrund getreten war, wird

von dem „Daily Herald“ außerordentlich scharf kritisiert. Sie sei in einem denkbar ungünstigen Augenblick herausgegeben und ihr Inhalt sei noch viel unheilvoller. Deutschland könne Frankreich vorrechnen, daß fremde Truppen mindestens ebenso häufig, wenn nicht häufiger in deutsches Land eingefallen seien. Es sei etwas merkwürdig, daß Frankreich zum Beweise seiner Behauptungen sogar bis auf die napoleonischen

Kriege zurückgreifen müßte. Die Forderungen, die Frankreich stelle, könne jede andere Nation mit gleichem Recht erheben. Das Dokument betrachte alle Abmachungen wie den Kellogg-Pakt usw. als Unsinn und atme den Geist eines nach dem Siege lebenden Frankreich. Wenn alle Völker in diesem Geiste zur Abrüstungskonferenz gingen, könnte man keine Hoffnung auf irgendeinen Erfolg haben.

## Noch heute Abschluß in London?

### Ein Stillhalte-Konsortium und die Verlängerung des Rediskontkredits beschlossen.

Aus London wird gemeldet:

Die Mittwoch-Konferenz der sieben Mächte wird von deutscher Seite als unzweifelhafter Fortschritt gewertet. Der Besprechung lag ein Dokument zugrunde, das von den Finanzministern in nächstlichen Verhandlungen aufgestellt worden war, das aber nicht etwa eine einheitliche Meinung über die für Deutschland zu treffenden Maßnahmen enthielt. Die einzelnen Finanzminister behielten sich in den Verhandlungen ausdrücklich ihre eigene Stellungnahme zu den in dem Dokument enthaltenen Vorschlägen vor. Das Dokument betont, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Kraft Deutschlands unbedingt erreicht werden müsse und daß dazu eine allgemeine Zusammenarbeit notwendig sei. Das Dokument macht dann folgende

### drei Vorschläge:

1. Die Verlängerung des bisherigen Rediskontkredits der B. I. B. an die Reichsbank in Höhe von 100 Millionen Dollar, der am 16. Juli bereits einmal verlängert wurde.
2. Die Bildung eines internationalen Stillhalte-Konsortiums zur Rettung der in Deutschland vorhandenen Kredite.
3. Die Zaubilligung eines neuen kurzfristigen Kredits an Deutschland.

In der gestrigen Konferenz suchte man zunächst nach Wegen, die zu einer harmonischen Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit führen könnten. Dabei machte Snowden im Namen der englischen Delegation den Vorschlag, die Deutschland gewährten Kredite anders zu verteilen, und zwar derart, daß ein gewisser Teil der amerikanischen und der englischen Kredite von Frankreich übernommen werde, um die gegenwärtige Differenz einigermaßen auszugleichen, wonach Frankreich kaum 5 Prozent der in Deutschland umlaufenden kurzfristigen Kredite untergebracht hat, Amerika dagegen über 50 Prozent und England über 20 Prozent. Ministerpräsident Laval lehnte diesen Vorschlag ab und meinte, es sei undenkbar, daß die französische Regierung unter den gegenwärtigen Bedingungen eine derartige Verpflichtung eingehen könnte.

Der französische Ministerpräsident betonte, daß viele französischen Gelder in Deutschland durch Vermittlung von ausländischen Banken engagiert seien, die an die französischen Banken weniger Zinsen zahlen als Deutschland. Diese Operation habe gewiß Vorteile, sie enthalte aber auch ein Risiko. Es sei daher kein Grund vorhanden, daß die französischen Banken die Stelle der ausländischen Banken einnehmen sollten, gerade jetzt, da die Lage Deutschlands kritisch sei. „Die französische Regierung“, so sagte Laval zum Schluß, „kann die französischen Banken nicht zwingen, die von ihnen Deutschland gewährten Kredite zu vergrößern, ohne ihnen gleichzeitig Garantien der Regierung zu geben. Die französische Regierung kann aber diesen Weg so lange nicht beschreiten, als die französischen Bedingungen nicht angenommen werden.“

Da Stimson den Vorschlag Snowdens unterstützte, entwickelte sich eine ziemlich lebhaft ausgeprägte über die fundamentalen Ursachen der deutschen Krise. Da man sich über den englischen Vorschlag nicht einigen konnte, unterbrach der Vorsitzende Macdonald die Diskussion und schlug vor, daß sich die Konferenz ausschließlich darauf beschränke, ein solches internationales Konsortium ins Leben zu rufen, das die Nichtabberufung der bisherigen Kredite aus Deutschland sicherstellen würde. Man einigte sich schließlich auf die Bildung gerade eines solchen Instruments der internationalen Kooperation. Mit der technischen Seite dieser Zusammenarbeit beschäftigte sich am Nachmittag

### das Komitee der Finanzminister.

Außerdem kam auch eine Einigung darüber zustande, daß der seinerzeit der Reichsbank gewährte Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar auf weitere drei Monate verlängert wird.

### Vor der Vertagung.

Nach Informationen, die Reichsaussenminister Dr. Curtius gestern nachmittag der deutschen Presse erteilte, gilt es als sicher, daß am heutigen Donnerstag, nach der Annahme des Projekts der internationalen Zusammenarbeit in der Frage des sogenannten Stillhalte-

Konsortiums, die Londoner Konferenz ihren Abschluß finden und eine eventuelle neue Konferenz, in der man sich mit den Ursachen der deutschen Krise beschäftigen würde, etwa nach zwei Monaten einberufen werden wird.

Über die gestrigen Besprechungen der sieben Mächte, die um 10 Uhr vormittags begannen und um 1 Uhr vertagt wurden, wurde das folgende

### offizielle Communiqué

herausgegeben:

„Die internationale Konferenz hielt um 10 Uhr vormittags eine weitere Besprechung im Foreign Office ab, die sich weiter mit den Methoden befaßte, das Vertrauen in die Stabilität der deutschen finanziellen Lage durch eine einvernehmliche internationale Kooperation auf der Basis des vom Komitee der Finanzminister vorgelegten Berichtes wieder herzustellen. Es wurden gewisse Fortschritte erzielt und gewisse technische Fragen dem Komitee der Finanzminister überwiesen, die nachmittags beraten und der am Donnerstag vormittag stattfindenden Hauptkonferenz Bericht erstatten werden.“

## Die Skopos der Berliner Presse.

Berlin, 23. Juli. (PAZ) Die deutsche Presse kommentiert mit großer Greiztheit die Lage, die sich im letzten Augenblick in der Konferenz der sieben Mächte herausgebildet hat. So schreibt das linksdemokratische „Berliner Tageblatt“:

Das Merkmal der Londoner Konferenz ist die Hartnäckigkeit der Franzosen, die bei aller Höflichkeit der Form nicht um einen Millimeter nachgegeben haben oder entgegenkommen sind. Im Gegenteil: man hat den Eindruck, daß die Haltung der Franzosen sich von Tag zu Tag versteift. Frankreich rächt sich jetzt dafür, daß sein großer Plan einer langfristigen, durch politische und wirtschaftliche Garantien gesicherten Milliardenanleihe sich bereits in den ersten Konferenztagen zerschlagen hat. Für die beiden anderen jetzt zur Diskussion stehenden Projekte aber haben die Franzosen, das sagen sie ganz offen, kein Interesse. Diese Projekte sind: 1. die Verhinderung weiterer Zurückziehung ausländischen Kapitals aus Deutschland und 2. die Stärkung des Devisenwollers der Reichsbank durch kurzfristige erneuerbare Kredite.

Zu der ersten Frage bemerken die Franzosen, daß die französischen Guthaben in Deutschland sich nur auf 50 Millionen belaufen. Dieser Prozentsatz sei so gering, daß die Amerikaner und Engländer auch ohne Frankreich ein Stillhalte-Konsortium bilden könnten, wenn sie dies wollten. Was die kurzfristigen Kredite betrifft, so deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die Franzosen sich auch an ihnen nicht ohne politische Garantien beteiligen wollen. Obwohl diese Garantien natürlich bei kurzfristigen, verhältnismäßig geringen Krediten, die „Daily Herald“ heute auf etwa 600 Millionen bis 1 Milliarde Reichsmark schätzt, leichter sein würden, als bei einer riesigen langfristigen Milliardenanleihe, so sind doch vor allem die Amerikaner nach wie vor auf das energischste gegen alle politischen Garantien. Und obwohl Henderson zeitweilig zu einem Entgegenkommen Frankreich gegenüber bereit gewesen sein mag, so teilt doch der überwiegende Teil des englischen Kabinetts die Auffassung Amerikas, die Kreditfrage nicht mit der Politik zu vermischen. Die Lage ist somit die, daß die Franzosen ihre eigenen Pläne nicht durchsetzen können und daß sie sich an den englisch-amerikanischen Plänen nicht beteiligen wollen. Infolgedessen zeigen die Franzosen hier ein deutliches Desinteresse, was sie noch durch die Bemerkung verstärken, es lohne sich eigentlich nicht, daß sie noch viel länger in London blieben.

Die rechtsstehende „Berliner Börsenzeitung“ erklärt, daß die Ergebnisse der Konferenz in den Londoner Kreisen pessimistisch beurteilt werden. Sollte im letzten Augenblick nicht eine unerwartete Wendung eintreten, so ist, nach Ansicht des Blattes, das Fiasko der Konferenz unvermeidlich.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wendet sich mit dem Appell an den Reichskanzler Brüning, das Londoner Gremium auf die immer drohenden Symptome der Deutschland drohenden Katastrophe aufmerksam zu machen. Das deutsche Volk wahre zwar vorläufig noch die Disziplin, doch jeder Tag könne eine Katastrophe bringen. Alle in

Deutschland, so heißt es in der „D. N. Z.“ weiter, fühlen, daß sich das Land in einer Periode der Revolution befindet. Der deutsche Vulkan rüttelt heute an den Fundamenten Europas, und morgen wird er sie in Trümmer verwandeln, wenn man im letzten Augenblick nicht zur Besinnung kommt.

Einen großen Eindruck machen in Berlin die aus London kommenden Meldungen von der Zurückhaltung der amerikanischen Delegierten in der Konferenz und der Absicht Amerikas, seine Hilfsaktion ausschließlich darauf zu beschränken, daß der gegenwärtige Stand der kurzfristigen Kredite in Deutschland beibehalten werde.

## Londoner Allerlei.

Amerika ist bekräftigt.

Washington, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Stimson hat sich gestern mit dem Staatsdepartement telephonisch in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß die in London angenommenen Empfehlungen für die Vereinigten Staaten befriedigend sind.

Wenn die Blätter fallen . . .

Paris, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse bezeichnet die Londoner Ministerkonferenz als beendet. Der Gegenbesuch des Ministerpräsidenten Laval und des Außenministers Briand in Berlin werde wahrscheinlich erst im Herbst stattfinden.

London, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times“ betonen, daß England enttäuscht sei über das magere Ergebnis der Londoner Ministerkonferenz. Solange Amerika die Erörterung der Kriegsschulden und Frankreich die Ausdrücke über die Tribute nicht zulassen, könne eine Dauerregelung für Deutschlands wirtschaftliche Probleme nicht erfolgen.

London, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) An der Garten-Teegesellschaft, die heute zu Ehren der Teilnehmer an der Londoner Ministerkonferenz in Anwesenheit des englischen Königspaares stattfindet, werden etwa 10 000 Personen teilnehmen.

## Nur eine Notlösung.

Keine bindende Verpflichtung der amerikanischen Bankwelt.

Newyork, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In amerikanischen Bankkreisen bezeichnet man das Ergebnis der Londoner Ministerkonferenz als eine Notlösung, die zwar einen Fortschritt bedeute, aber noch durch private Initiative vervollständigt werden müsse.

Umlaufende Gerüchte, daß die führenden Newyorker Banken der Regierung gegenüber Schritte erzielt hätten, die laufenden kurzfristigen Kredite weiterzuführen, wurden von den genannten Instituten in Abrede gestellt. Die Großbanken haben die unter sich getroffene Vereinbarung, die Kredite beizubehalten, auf der gestrigen Konferenz zwar erneuert, doch wird betont, daß die Banken bindende Verpflichtungen nicht eingehen könnten, da sie einerseits den Einlegern und andererseits den Aktionären verantwortlich seien. Dieser Grundsatz schließt indessen nicht aus, daß der Notlage Deutschlands Rechnung getragen werde.

## Das Bassin.

London, 23. Juli. (P.N.Z.) In Beantwortung zahlreicher Anfragen von Pressevertretern erklärte der amerikanische Staatssekretär Stimson, daß der Vorschlag, den er in der Londoner Konferenz gemacht hat, mit dem identisch sei, den er bereits in Paris vorgelegt hätte und der sich ausschließlich auf die Frage der Stabilisierung der Kredite beschränkt.

Stimson verglich dieses Problem mit einem Bassin, in welchem vor allem wirksam das Abflußventil geschlossen werden müßte, bevor man neues Wasser hineinläßt. Der amerikanische Plan entspricht gerade einem solchen Schema. Stimson erkannte an, daß sich die Konferenz nicht auf die Schließung des Abflußventils beschränken, sondern sich mit der wichtigen Frage des Zuflusses von neuem Wasser beschäftigen müßte. Persönlich lege er großen Nachdruck darauf, daß die Schließung des Ventils wirksam zur Schonung des im Bassin verbleibenden Wassers sei.

Stimson erkennt nicht an, daß dieser Vorschlag ausschließlich aus Amerika stammt und erklärte, daß Großbritannien daran ebenso festhalte, wie die Vereinigten Staaten.

Das grundsätzliche Moment des Vorschlages ist die Feststellung, ob der kurzfristige Kredit genügt oder ob man im Notfall weitergehen müßte. Nach Ansicht von amerikanischen Beobachtern betrifft dieses Problem hauptsächlich, wenngleich nicht ausschließlich, die Bankwelt. Sobald die Staatsmänner ihre Beratungen zum Abschluß gebracht haben werden, müßte die Sache den Bankiers der einzelnen Länder überwiesen werden.

## Internationale Finanzkommission kommt nach Berlin.

Berlin, 23. Juli. (P.N.Z.) Wie das Wolff-Bureau aus London meldet, wird auf die Initiative der deutschen Delegation hin binnen kurzem eine Kommission von internationalen Finanzleuten nach Berlin kommen, um die Wirkung der Londoner Beschlüsse an Ort und Stelle zu beobachten, und festzustellen, ob die in der Londoner Konferenz erreichten Ergebnisse zur Konsolidierung der deutschen Kreditverhältnisse ausreichen. Die Kommission müßte auch die Verantwortung dafür übernehmen, daß sie ihre Bemerkungen entweder der Londoner Konferenz, oder einem anderen Gremium unterbreiten werde, sollte sich die Notwendigkeit der Einberufung einer neuen Konferenz ergeben.

Der „D. N. Z.“ zufolge wird von deutscher Seite großer Wert darauf gelegt, zu betonen, daß es sich hier nicht um eine internationale Kontrollkommission handelt.

Die Franzosen hatten sich zunächst lebhaft gegen die Entsendung dieser Finanzkommission gestäubt.

## Reichstags-Einberufung erneut abgelehnt!

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Altersrat des Reichstages trat am Donnerstag vormittag unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten von Karborff zu einer Sitzung zusammen, um sich mit dem Antrag der Oppositionsparteien auf Einberufung des Reichstages zu beschäftigen. Zu Beginn der Sitzung gab Reichsminister Treviranus namens des Reichskabinetts eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß die Reichsregierung großen Wert darauf lege, daß gegenwärtig die Einberufung des Reichstages nicht beschlossen werde. Die Londoner Verhandlungen seien noch keineswegs abgeschlossen. Reichsfinanzminister Dietrich werde sich in der nächsten Woche nach London begeben, um an den finanziellen Besprechungen teilzunehmen. Reichskanzler Dr. Brüning werde zwar am Sonnabend zurückkehren, aber dann würden in Berlin erst die politischen Verhandlungen fortgesetzt werden müssen.

Für die Einberufung des Reichstages stimmten die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, das Landvolk und die Kommunisten. Eine knappe Mehrheit der übrigen Parteien stimmte dagegen. Der Reichstag leibt also noch geschlossen!

## Das Reichskabinett

berät über den Zahlungsverkehr bei den Banken.

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das Reichskabinett ist heute vormittag unter dem Vorsitz des Vizekanzlers Dietrich zusammengetreten, um über weitere Auslöschungsmahnahmen für den Zahlungsverkehr bei den Banken zu beraten. Die letzte Regelung, die den Bankbetrieb noch ziemlich stark einschränkte, läuft bekanntlich am heutigen Donnerstag ab.

## Besserung der deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Blätter betonen die sichtbare Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seit dem Besuch des Reichskanzlers Brüning und des Außenministers Curtius in Paris. Das „Petit Journal“ findet warme Worte der Anerkennung für die Haltung Brünings, der von einem aufrichtigen Willen der Zusammenarbeit mit Frankreich befehle sei. Die Annäherung sei schon an sich ein ernstes Element, das Vertrauen wecke. Von der öffentlichen Meinung Deutschlands werde es abhängen, daß es die erwünschten Folgen zeitige.

## Polen war auch dabei . . .

Die Polnische Rechtspresse hatte sich bis jetzt darauf beschränkt, über die finanzielle Lage Deutschlands, sowie über die Konferenzen in Paris und London die Meldungen der Telegraphenagenturen wiederzugeben und ausländische Pressestimmen zu zitieren. Nunmehr erhebt sie gegen die Polnische Regierung den Vorwurf, daß diese angesichts der historischen Geschehnisse, an denen auch Polen in bedeutendem Maße interessiert sei, keine Aktivität an den Tag lege. Offenbar als Antwort darauf bringt der Krakauer „Kurier Codzienny“ in seiner Donnerstag-Ausgabe (Nr. 201 vom 23. Juli d. J.) eine Meldung seines Pariser Korrespondenten, in der behauptet wird,

daß die deutschen Delegierten aus dem Munde des polnischen Forderungen vernommen hätten.

Die Meldung hat folgenden Wortlaut: „Die Pariser diplomatischen Kreise haben allgemein die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gelenkt, daß an dem am Sonntag stattgefundenen Diner, bei denen die an den gegenwärtigen Konferenzen in Paris und London interessierten Minister und Delegierten sämtlicher Mächte vertreten waren, auch der Vertreter eines Staates teilnahm, der sich nicht an den Beratungen beteiligte, und zwar der polnische Botschafter in Paris von Chlapowski. Die Anwesenheit des Botschafters sowie des Reichskanzlers Brüning und des Außenministers Curtius, ferner des Botschafters von Hoesch gab die Möglichkeit, daß der Vertreter der Polnischen Republik den deutschen Ministern direkt den polnischen Standpunkt darlegte. Der polnische Botschafter in London Skirmunt ist nach London zurückgekehrt, um aufmerksam zu lauschen und im Bedarfsfalle an der Londoner Konferenz mitzuwirken.“ (Die Meldung des „Kurier Codzienny“, die erst heute den Lesern dieses Blattes serviert wird, erscheint uns höchst unwahrscheinlich, da die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur davon schon längst Notiz genommen hätte, um die Angriffe der polnischen Rechtspresse zu parieren. D. Red.)

Dem „Kurier Warszawski“ zufolge hat eine französische Zeitung gemeldet, daß eine besondere polnische Delegation mit dem Vizeminister Roc an der Spitze in Paris einreisen soll, um die Polnische Regierung bei den internationalen finanziellen Diskussionen zu vertreten. Von einer anderen Stelle wird mitgeteilt, daß Vizeminister Roc bereits in Paris eingetroffen wäre, um über die Unterbringung von Pfandbriefen des polnischen staatlichen Agrarmarkts auf dem französischen Geldmarkt zu verhandeln.

Im Zusammenhange damit macht der „Kurier Polski“, ein Organ der polnischen Industrie, folgende Bemerkungen: „Heute ist an jedem Tag deutlich zu sehen, daß Europa nicht an der Distanz Deutschlands endet, sondern an der Distanz Polens. Dies hat nicht allein für uns eine Bedeutung. Eine Bedeutung hat es für die Finanzen der ganzen Welt, die ihre dumme, übertriebene und ungenaue Finanzgeographie abändern muß, wie die Landkarten zur Zeit von Marco Polo, aber doch abweichend von den Handbüchern der offiziellen Geographie, welche die Kapitalbewegung regelt. Samson beschloß, als er sterben sollte, unter den Trümmern des Gebäudes zu sterben, das er zu zerstören vermochte. Der deutsche Samson bildete sich zweifellos seine Niederlage ähnlich ein. Aber die Säule Polens im Wirtschaftsgebäude von Europa erwies sich als gar zu stark; trotzdem es nicht an Beweisen fehlt, daß man gerade an dieser Säule am stärksten gerüttelt hat.“

## Heimunterricht in deutscher Sprache ist nicht strafbar!

Vor dem Stadtgericht in Krotoschin sollte am letzten Mittwoch die Gerichtsverhandlung gegen den Wanderlehrer Edmund Müller-Krotoschin und dessen Gehilfin, Franzlein Helene Jendzick, stattfinden. Die Gerannten waren angeklagt, ohne entsprechende Genehmigung Kindern schulpflichtigen Alters Heimunterricht in deutscher Sprache erteilt zu haben. Zu Beginn der Verhandlung ergriff der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Grzegorzewski-Posen, das Wort. Er beantragte sofortigen Freispruch für die Angeklagten und begründete das damit, daß das Strafgesetzbuch für die oben geschilderten „Vergehen“ keine Strafe vorsehe. Das Gericht gab auch dem Antrage der Verteidigung nach längerem Beratungen statt. Die Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt legte gegen diesen Freispruch Berufung ein.

## Ein polnischer Grenzbeamter wird erschossen

In der Nähe von Wollstein hat sich hart an der deutsch-polnischen Grenze ein außerordentlich bedauerlicher Zwischenfall ereignet, bei dem ein polnischer Grenzbeamter getötet worden ist. Vier junge deutsche Arbeitslose waren auf der Wanderschaft verirrterweise auf polnisches Gebiet geraten. Als ihnen der polnische Grenzbeamte Nowakowski entgegentrat, griff einer der vier Leute, der Elektrotechniker Erwin Melchert aus Wittstock (Dosse), zum Revolver und feuerte mehrere Schüsse ab, denen Nowakowski sogleich erlag.

Den alarmierten deutschen Landjägerbeamten gelang es schon nach wenigen Stunden, den Täter und seine Begleiter festzunehmen. Sie wurden nach den ersten Vernehmungen in das Untersuchungsgefängnis in Meseritz eingeliefert. Am Tatort trafen sogleich eine deutsche Gerichtskommission aus Meseritz und eine polnische Untersuchungskommission aus Wollstein ein, die gemeinsam die Ermittlungen führten. Inzwischen ist auch ein Beamter der polnischen Staatsanwaltschaft aus Lissa eingetroffen. Melchert hat ein Geständnis abgelegt.

Über den bedauerlichen Zwischenfall verbreitet das offiziöse deutsche Conto-Bureau folgende Einzelheiten. Seit zwei Wochen befand sich Melchert mit drei Altersgenossen auf einem Ausflug im Osten. Sie wanderten seit einigen Tagen längs der Grenze im Kreise vomst. Da sie keine Geldmittel besaßen, begannen sie zu betteln. Die Mächte brachten sie in Gärten und Ställen zu. Auf der Suche nach einem neuen Nachtlager überschritten sie die Grenze, wo sie auf polnischem Gebiet eine Holzbaracke erblickten, in der sie über Nacht bleiben wollten. In der Baracke wurden sie von dem dort patrouillierenden Soldaten Nowakowski angehalten, der sie aufforderte, sich mit ihm zusammen zu der nächsten Zollwache zu begeben. In diesem Augenblick zog Melchert den Revolver und tötete den Grenzbeamten Nowakowski mit vier Schüssen auf der Stelle. Melchert und seine Altersgenossen nahmen der Leiche das Gewehr und die Geschosse ab, worauf sie auf deutsches Gebiet zurückkehrten. Die Täter wurden von der deutschen Gendarmerie verhaftet.

## Der Papst verläßt Italien?

Alarmmeldung einer Pariser Presse-Agentur.

Die französische Presse-Agentur „La Presse Associée“ hat von ihrem römischen Korrespondenten eine Reihe von Telegrammen erhalten, in denen die Lage in Italien als sehr bedrohlich dargestellt wird. Nach diesen Telegrammen herrscht in römischen diplomatischen Kreisen die Überzeugung, daß Ereignisse von großer Bedeutung in Vorbereitung ständen. Die Spannung zwischen Mussolini und dem Vatikan sei bis zum äußersten Grade gestiegen. Man müsse jeden Augenblick mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und dem Abbruch der Lateran-Abkommen, sowie des Konkordats rechnen. Dies würde für den Papst eine solche Lage schaffen, daß er gezwungen würde, Rom zu verlassen. Er würde dann seine Residenz auf französisches Gebiet oder auch nach Korsika verlegen.

Wir geben diese in ihrem letzten Teil recht ungläubwürdige Nachricht nur mit allem Vorbehalt wieder.

## Neue Papst-Nede.

Anlässlich der Verlesung des Dekrets über die Tugenden der Heiligen Katharina Laboure hielt der Papst am vergangenen Montag in Rom eine Ansprache, in der er die Tugend der Frömmigkeit feierte. Ohne Frömmigkeit, sagte er, verliere die Wissenschaft jeden Inhalt, wird die Kraft zur Gewalt, die Güte zur Schwäche. Deshalb tut es not, fromm zu sein und Gebete zu verrichten.

In dem jetzigen Zeitpunkt habe man die Hilfe Gottes dringend notwendig. Das Oberhaupt der Kirche leidet, weil ein Teil der ihm anbefohlenen Kinder schwer betroffen wurde. Die ganze Welt, fuhr der Papst fort, kenne seine Leiden und nehme an seinen Schmerzen regen Anteil. Die ganze Welt weiß, daß die Kirche Stunden der Bedrängnis durchzumachen hat, daß gerade die wertvollsten Söhne der Kirche verfolgt werden, daß sie eine der ihr von Christus besonders anvertrauten Aufgaben nicht erfüllen kann, jene der Obhut der Jugend.

Der Papst schloß seine Ansprache mit den Worten: „Wir wollen kein Lob, wir wünschen nur, daß man uns nicht verurteilt, ohne uns zu kennen. Wir bitten aber die Mutter Gottes um ein Wunder, daß nämlich diejenigen, die stockblind geworden sind, wiederum sehend werden.“

## Wasserstands Nachrichten.

Wa. erstand der Weichsel vom 23. Juli 1931.

Kraakau + 2,89, Zawichost + 0,80, Warchau + 0,55, Bock + 0,18, Thorn - 0,08, Fordon + 0,04, Culm + 0,26, Graudenz - 0,08, Ruzschatz + 0,21, Bielel = 0,59, Dirschau - 0,84, Einlage + 2,82, Schiewenhorst + 2,64.

## Ein Urnenfeld aus der Zeit 700—500 v. Chr.

Bromberg, den 22. Juli.

Was ist der Mensch? Nichts. Erst durch sein Schaffen erhält er einen Wert. Der Leib zerfällt, und nach hundert oder tausend Jahren geht einer seiner Nachfahren über ein Feld, scharf mit dem Stock im Sand, steht einen länglichen, weißen Knochen splitter. Vielleicht der letzte Rest von dir.

Auf dem Gelände am neuen Städtischen Krankenhaus, dessen leider noch immer unvollendeter Rohbau einen imposanten Eindruck macht, haben Arbeiter bei Planierungsarbeiten der Gartenverwaltung solche Knochen splitter gefunden, dazu einige Tonförmchen, schließlich immer mehr, so daß man zu der Ansicht kam, auf Urnengräber gestossen zu sein. Man informierte sofort Professor Zakrzewski von der Pöjener Universität, der seit Sonnabend die Ausgrabungen leitet. Man ist dabei auf ein neues Gräberfeld gestossen, bis jetzt neben dem Felde, auf dem man im Vorjahre bereits gegen 100 Urnen ausgegraben hat.

Prof. Zakrzewski hatte die Freundlichkeit, unserem Redaktionsmitgliede bei Besichtigung der Ausgrabungen einige Informationen über die Bedeutung der Funde zu machen. Danach stammen die in diesem Jahre zur Ausgrabung kommenden Urnen, ebenso wie die im Vorjahre gefundenen, aus der mittleren bis späteren Bronzezeit der Lausitzer Periode, also etwa aus der Zeit von 700—500 v. Chr. Man hat auf dem Gräberfeld verschiedene Bestattungsarten festgestellt, so das sogen. klassische Urnengrab der Lausitzerzeit: Die Urne mit den Aschenresten des Toten im weißen Sand und darüber eine Decke von Feldsteinen. Dann hat man Gräber mit Urnen und Beigaben gefunden. Neben der großen Urne hat man unseren Vorfahren Schüsseln, Schalen und Gefäße ins Grab mitgegeben. Diese Gefäße werden wahrscheinlich rituellen Zwecken gedient haben. Prof. Zakrzewski berichtete, daß er gelegentlich einer früheren Ausgrabung in einer solchen als Beigabe einer Urne ausgegrabenen Schale Reste von sauren Kirichen gefunden habe.

Die Urnen sind zum großen Teil sehr mürbe und müssen durch Bandagen zusammengehalten werden. Einzelne der gefundenen Beigaben dagegen sind wohl erhalten. Man hält eine kleine Schale in der Hand, die durch ihre edle Linienführung entzückt. Man sieht ihr das Alter von 2500 Jahren nicht an.

Die Entwicklung im Totenbestattungskult der Lausitzerperiode ging vom sogen. „klassischen Urnengrab“ zur „Leichenbrandgrube“. Unser Redaktionsmitglied hatte das Glück, einer Aufdeckung einer solchen Leichenbrandgrube beizuwohnen. Auf dem weißen Sand sah man zunächst nur eine dunkler gefärbte Fläche. Sodann wurde rings um diese ein breiter Graben ausgehoben, so daß die Urne, die man unter der schwarzen Erde vermutete, sich in einem stumpfen Erdkegel innerhalb der so entstandenen Grube befand. Jetzt entfernten Prof. Zakrzewski und eine Assistentin mit Hilfe von Spachtel und Pinsel langsam den Sand. Es zeigten sich Knochenreste an der Oberseite der Urne. Alle Wahrnehmungen wurden genau protokolliert. Über die Urne hat man also, wie die Ausgrabung ergab, Reste des Scheiterhaufens geschüttet. Nachdem der Sand von der einen Seite der Urne entfernt war, konnte man deutlich an der dunklen Färbung des Querschnittes erkennen, daß diese Reste des Scheiterhaufens in der Form eines sehr schalen umgekehrten, abgestumpften Kegels auf der Urne lagen. Langsam wurde diese selbst von Sand befreit, und, da sie zu zerbrechen drohte, bandagiert. Prof. Zakrzewski ist nun der Ansicht, daß diese Leichenbrandgruben auch schon vor dem Jahre 500 v. Chr. im Lausitzer Kulturkreis bekannt waren, während von anderen Archäologen behauptet wird, diese germanische Sitte sei erst später von den slawischen Stämmen übernommen worden.

Von derartigen Leichenbrandgruben wurden im vorigen Jahre zwei, in diesem Jahre eine aufgefunden, früher fand man solche bei Thorn und Inowroclaw.

Aber unser Land ist reich an archäologischen Gegenständen. Es ist ein Land, in dem Germanen ebenso wie Slawen wohnten. Die Stämme bewegten sich, kamen miteinander in Berührung, Sitten und Gebräuche übertrugen sich. Je weiter man nach Norden kommt, desto dichter gesät sind die Steinzeitengräber, die germanischen Ursprungs sind. Erst im Vorjahre hat man auch hier bei Bromberg, und zwar bei Fuchsschwanz, ein solches germanisches Grab gefunden. Man findet, je weiter man nach Süden kommt, die Urnengräber des Lausitzer Kulturkreises, kann aber oft auch dazwischen Gräber mit typischen Merkmalen germanischer Kultur vorfinden. In Rogowo bei Thorn wurde inmitten eines Lausitzer Urnenfeldes ein germanisches Glockengrab entdeckt.

Hier haben sich also vor Jahrtausenden schon zwei Kulturkreise geschnitten. Das Hin und Her germanischer und slawischer Stämme hat seinen Niederschlag in der spärlichen Spur gefunden, die jene Zeiten uns in den Urnenfeldern hinterlassen haben.

## Aus Kongreßpolen und Galizien.

Warschau, 23. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am gestrigen Mittwoch ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Skawa—Luzes unweit von Warschau ein schwerer Unfall. Eine Militärdraisine der ersten polnischen Panzer-Division, die mit einem Hauptmann und fünf Soldaten besetzt war, entgleiste plötzlich und stürzte den Eisenbahndamm hinunter. Ein Soldat war auf der Stelle tot, die übrigen fünf Insassen trugen schwere Verletzungen davon.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 23. Juli.

### Bewölkungszunahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkungszunahme mit weiter ansteigenden Temperaturen an.

### Der Fremdenbesuch in Polen.

Immer noch ist die Bilanz der Touristik in Polen passiv, das heißt: es wird von den polnischen Staatsangehörigen mehr Geld ins Ausland gebracht, als es Ausländer in Polen lassen. Kürzlich wurde auf einer Sitzung der interministeriellen Kommission zur Erforschung von Fragen der Touristik festgestellt, daß sich die passive Bilanz der touristischen Bewegung in Polen wie folgt darstellt: Im Jahre 1923 — 47 800 000 Zloty, im Jahre 1924 — 87 400 000 Zloty, 1925 — 92 800 000 Zloty, 1926 — 16 200 000 Zloty, 1927 — 59 900 000 Zloty, 1928 — 90 700 000 Zloty. Insgesamt beträgt die passive Bilanz der Touristik in Polen während dieser sechs Jahre 365 800 000 Zloty.

Man wird sich diese traurige Bilanz nur daraus erklären können, daß man den an und für sich schon geringen Besuch der Fremden in Polen nicht entsprechend organisiert und die ausländischen Touristen noch zu unfreundlich behandelt. Wiederholt hört man, daß besonders die Besucher aus dem für den Fremdenverkehr in erster Linie in Frage kommenden Lande, aus Deutschland, sich oft an der Grenze immer noch eine Behandlung gefallen lassen müssen, wie sie in anderen europäischen Kulturstaaten nicht üblich ist. Sind Touristen erst einmal schlecht behandelt worden, so überlegen sie sich sehr, ob sie die unangenehmen Stätten noch einmal aufsuchen sollen. Erst in allerletzter Zeit sind wieder Fälle bekannt geworden, wo Personen, die auf einem Bahnhof in deutscher Sprache Fahrkarten ins Ausland verlangten, überhaupt nicht bedient wurden. Und die Fälle sind besonders zahlreich, wo sich Gäste äußerst unfreundliche Bemerkungen gefallen lassen müssen. Dadurch wird das Renommee Polens im Ausland bestimmt nicht gehoben.

Noch etwas kommt hinzu: Dem die äußerst umständliche und zeitraubende Erledigung aller Paß- und Visumangelegenheiten auf den polnischen Konsulaten bekannt ist, wird die Touristen verstehen, die vor dem Besuch unseres Landes, das nicht nur landschaftliche Eigenarten, sondern auch eine Fülle von interessanten Dingen aus Kunst und Geschichte aufweist, zurückschrecken.

### Arbeitslosigkeit.

Nach Angaben des staatlichen Arbeitsvermittlungsamtes wurden am 11. Juli 272 917 Arbeitslose registriert. Im Vergleich zur vorhergehenden Woche ist das eine Verringerung der Arbeitslosenanzahl um 3461 Personen. Unterführung wurde an 84 899 Personen ausgezahlt. In nachstehenden Bezirken war ein Rückgang der registrierten Arbeitslosen zu verzeichnen: Biala um 1177, Krakau um 550, Lemberg um 239, Plock um 204, Wialystok um 150, Kalisch um 137, Kielce um 136, Warschau um 135, Thorn um 130, Tschenschochau um 116, Ostrowiec um 111, Sosnowiec um 98, Wloclawek um 92 usw. Gestiegen ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen dagegen in nachstehenden Bezirken: Lodz-Stadt um 683, Wojewodschaft Schlesien um 444, Przemysl um 289, Bromberg um 119, Ostrowo um 81 usw. Demnach war in den einzelnen Bezirken am 11. Juli die Zahl der registrierten Arbeitslosen folgende: Wojewodschaft Schlesien 59 388, Lodz-Stadt 28 274, Sosnowitz 21 040, Posen 11 168, Tschenschochau 10 305, Lodz-Bezirk 9552, Bromberg 9088, Warschau-Bezirk 8478, Wloclawek 7331, Drohobycz 9728, Lemberg 5158, Radom 5119, Lublin 4986, Zyrardow 4960, Petrikau 4166, Ostrowo 4103, Graudenz 4589, Chranow 3851, Krakau 3769, Kalisch 3657, Wilno 3351, Wialystok 3350, Biala 3470, Brest am Bug 3250, Stanislaw 3010, Dirschau 2931, Przemysl 2762, Grodno 2678, Nowy Concz 2627, Gdingen 2171, Ostrowiec 2115, Siedlce 2061, Rowne 2022, Plock 1791, Thorn 1618, Rilce 1397, Baranowicz 906 und Tarnopol 417.

Zwei Unfälle ereigneten sich in den letzten Tagen auf dem Platz vor der Burgstapoitei in der Burgstraße. Dort hat man eine Erdgrube nur unvollständig mit morschen Brettern zugebaut, so daß der Arbeitslose Frenkel in die Grube stürzte, als er versehentlich auf eines der Bretter trat. Er erlitt allgemeine Verletzungen. — Statt daß man nun für eine sachgemäße Sicherung Sorge getragen hätte, deckte man die Grube wieder nur provisorisch zu. Am nächsten Tage erlitt der Arbeitslose Warkowia ebenfalls Verletzungen, da auch er versehentlich in die Grube gestürzt war. Er mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Bauernfänger an der Arbeit. Als ein Landwirt, der im Kreise Bromberg wohnhaft ist, in der Stadt weilt, kam plötzlich ein Mann auf ihn zu, begrüßte ihn herzlich, drückte ihm die Hand und eliche Küsse auf die Backen des überraschten Bauern, der sich gar nicht auf den „Freund“, als der sich der Fremde ausgab, entsinnen konnte. Aber der „Freund“ wußte sogar den Namen der Frau des Landwirts, die Namen der Kinder, nach deren Wahlergehen er sich lebhaft erkundigte. Also mußte es mit der „Freundschaft“ schon stimmen und das Bäuerlein glaubte nicht ablehnen zu dürfen, als der „Freund“ ihn zu einem Gläschen einlud.

Aus dem einen wurden mehrere und schließlich fanden sich noch andere Männer, die ein Spielchen arrangierten. Es dauerte nicht lange und dem Bäuerlein war sein Geld aus- und die Augen aufgegangen. Der „Freund“ aber hatte schon vorher mit seinen Helfershelfern das Weite gesucht.

Geldschrankknacker. Auch Geldschrankknacker haben unter der Wirtschaftskrise zu „leiden“. Sie machen sich mit List und Tücke an die schwere Arbeit, einen Geldschrank auszukundschaften und zu erbrechen und finden in diesen schweren Zeiten statt des erwünschten Geldes — betrogene Hoffnungen. Denn wer hat heutzutage Geld! In einer der letzten Nächte erbrachen Einbrecher den Geldschrank der Fa. Swierkowski, Bahnhofstraße (Dworcowa) 84, fanden aber nichts darin vor. Ohne Beute mußten sie abziehen.

Ein ehrlicher Finder — ist in der jetzigen Zeit etwas Seltenes. Der Bahnhofstraße (Dworcowa) 70 wohnhafte Kirchner Stanislaw Kadek meldete, daß er im Postamt auf der Bahnhofstraße ein Geldtäschchen mit Goldrubeln und Danziger Geld gefunden habe.

Inowroclaw, 22. Juli. Ein Unfall ereignete sich bei den Renovierungsarbeiten am hiesigen Knaben-gymnasium. Der Arbeiter Czeslaw Wojtasik erhielt einen elektrischen Schlag, durch den er vollständig gelähmt wurde. — Während gestern wegen Kartoffeldiebstahls auf den Feldern des Propstes Kupski Jan Drużek festgenommen wurde, konnte heute Franciszek Andrzejak mit einem Sack Kartoffeln, die er gestohlen hatte, verhaftet werden. — Wegen Aussetzung ihres Kindes nach dem Polizeikommissariat gebracht wurde Bronislaw Tscholiska, ohne ständigen Aufenthaltsort.

Wichtig (Wyrzysk), 22. Juli. Warnung vor einem Schwindler. In hiesiger Gegend treibt ein Mann Handhandel mit minderwertigen Waren und gibt dabei auch an, von dem Kaufmann Rohde diese Waren zu beziehen und in dessen Auftrag zu handeln. Vor der betr. Person wird gewarnt, zwecks Feststellung der Personalkarte ist die Polizei zu benachrichtigen.

Witkowo, Kr. Gnesen, 22. Juli. Kürzlich erlitt der 45jährige Arbeiter Emil Grams einen qualvollen Tod. Er war beim Umschieben von vier Waggons Kohlen mit Pferdegespann durch Stolpern über die Schräggleis-schienen unter die Räder des dritten Waggons geraten. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit vier Kindern im Alter von 3 bis 17 Jahren.

Miloslawitz (Miloslawice), Kreis Wargowitz, 22. 7. Am Sonnabend fand im Jodeitschen Saale die Abschlußprüfung der Schüler des landwirtschaftlichen Fortbildungskurses von Miloslawitz und weiterer Umgebung statt. Außer den Kursteilnehmern und deren Eltern hatten sich unter den Vereinsmitgliedern der Vereinsvorsitzende Gustaf Graser = Jaroszewo und der Kreisvereinsvorsitzende Gohlke = Markstädt und als Vertreter der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft Posen Geschäftsführer von Hertel = Gnesen zu dieser Abschlußprüfung eingefunden. Die Prüfung selbst leitete Direktor Perel aus Schroda als Vertreter der Wielkopolska Izba Rolnicza Posen (Großpoln. Landwirtschaftskammer). Die mehr als eine Stunde dauernde Prüfung ergab ein recht erfreuliches Resultat und zeigte, daß der Kursteilnehmer Dipl.-Landwirt Busmann = Braciszewo in der verhältnismäßig kurzen Zeit vom 11. Juni bis 18. Juli sich recht große Mühe mit seinen Schülern gegeben hatte. Nach der Prüfung folgte noch ein recht gemütliches Beisammensein, das alle Anwesenden bis spät nach Mitternacht beisammen hielt.

Posen (Poznań), 22. Juli. In der vergangenen Nacht wurden aus der vorgeschichtlichen Abteilung des Großpolnischen Museums in der früheren Viktoriastraße zwei goldene Spiralarmbänder, ein goldener Ring, drei goldene Spiralsplattchen und drei galvanoplastische Kopien goldener Ringe gestohlen. — Ebenfalls in der vergangene Nacht wurden aus dem Friseurgeschäft der Geschwister Smiergiel in der früheren Wittelsbacherstraße 7 allerlei Friseurgebrauchsgegenstände im Werte von 1100 Zloty von Einbrechern gestohlen. — In dem benachbarten Reisch kam es zwischen dem Landwirt August Goldmann und seinem Schwieger-sohne über eine Erbschaft zu einer heftigen Auseinandersetzung. Schließlich verzehte der Schwiegersohn dem Schwiegervater zwei Stiche in den Kopf und in den Arm. — Eine Schwindlerbande veröffentlichte in mehreren hiesigen polnischen Blättern Anzeigen, in denen sie 12 000 Zloty auf eine Landwirtschaft bzw. auf ein Haus anbot. Natürlich meldeten sich in der schweren wirtschaftlichen Not zahlreiche Bewerber und fanden auch bei den Schwindlern ein williges Gehör. Nur hatten sie sich einem kleinen Geld- aberlaß für die Einziehung von Auskünften usw. zu unterziehen. Mit der Empfangnahme der teilweise recht beträchtlichen Beträge fand jede weitere Betätigung der Schwindler ein Ende. Die Polizei hat jetzt vor ihnen eine Warnung erlassen.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przegodak; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. a. o. v., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 167



... und bis zum 10. Jahre dürfen Sie für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde

**NIVEA**  
KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung.

Nivea-Kinder sind ein Stolz der Mütter!

Preis: Zl. 1,50



Sonnengebräunte, gesunde Haut jugendfrisches, kerngesundes Aussehen geben Ihnen

**NIVEA - CREME**  
[Hautfunktions-] **ÖL** [u. Massage-Öl]

Denn beide enthalten — als einzige ihrer Art — das hautpflegende Eucerin, beide vermindern die Gefahr schmerzhaften Sonnenbrandes und geben wundervoll gebräunte Hauttönung, auch bei bedecktem Himmel. Nivea-Creme wirkt an heißen Tagen angenehm kühlend. Nivea-Öl schützt Sie bei unfreundlicher Witterung gegen zu starke Abkühlung, die leicht zu Erkältungen führen kann, so daß Sie auch an kühlen Tagen in Luft und Wasser baden können.

Nivea-Creme: Zl. 0.40 bis 2.60 / Nivea-Öl: Zl. 2.00 und 3.50



Bromberg, Freitag den 24. Juli 1931.

Pommerellen.

23. Juli.

Graudenz (Grudziadz).

Ein Pilsudski-Denkmal in Graudenz. Vor einigen Tagen fand auf dem Platze der Gendarmerie-Kaserne (an der Ecke) die feierliche Grundsteinlegung zu einem Denkmal für Marschall Jozef Pilsudski statt. Zugegen waren alle Offiziere der Garnison Graudenz mit dem Garnisonkommandeur General Nachmistrut an der Spitze. In das Fundament des zu erbauenden Denkmals wurde eine metallene Büchse mit einer Urkunde eingemauert, in der u. a. zum Ausdruck gebracht wird, daß am 13. Juli 1931 der Grundstein zu dem Denkmal gelegt worden ist „zu Ehren des Ersten Marschalls von Polen, General-Inspektors der bewaffneten Macht und Ministers für Heeresangelegenheiten Jozef Pilsudski, des Kommandeurs der Legionen, Schöpfers des polnischen Heeres und Führers der Nation, in Huldigung für die durch ihn erfolgte Befreiung des Vaterlandes vom Bolschewisteneinfall im Jahre 1920“.

Die Meisterprüfung haben vor der Prüfungskommission der Graudenz Handwerkskammer folgende Personen bestanden: Im Bäckergerber: Ludwig Zielinski aus Abl. Rehalbe (Ez. Rynold), Kr. Graudenz; im Fleischergerber: Maximilian Piór aus Lessen (Lafin), Kr. Graudenz.

Gestattete Hausammlung. Vier Arbeitern — Jozef Wisniewski, Jan Zanowski, Jan Wojtaczewski und Jozef Derkowski — in Roggenbauern (Rogozno), Kreis Graudenz, die vor einiger Zeit bei einem Brande durch Vernichtung von Hausgerät und Bekleidung ihrer Habe beraubt wurden, hat der pommerellische Wojewode die Erlaubnis erteilt, bis zum 12. August d. J. bei den Bewohnern des Landkreises Graudenz eine Hausammlung zu veranstalten.

Der Güterverkehr im Thorner Weichselhafen wird durch folgende Ziffern illustriert: Im Monat Mai gingen 808 Tonnen und 200 Kilogramm Waren per Schiff ein und 145 Tonnen Waren gelangten hier zur Verfrachtung, und zwar in der Hauptsache Mehl, wovon allein 750 Tonnen nach Warschau gingen.

Ein Bär verursacht Straßennunfall. Am Montag fuhr ein bei der Culmer Bierbrauerei beschäftigter Kutscher mit einem Bierwagen auf der Leibitzher Chaussee. In der Nähe der Stadt kamen ihm einige Zigeuner mit einem Bären entgegen. Beim Anblick des Tieres schaute das Pferd und zog den Wagen plötzlich scharf an. Der Kutscher verlor das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen, wobei er sich empfindlich zerschlug.

Quittungen aufbewahren! Wie wichtig es ist, die Quittungen für geleistete Steuerzahlungen usw. aufzubewahren, beweist einmal wieder folgender Fall: Kürzlich erhielt ein hiesiger Kaufmann vom Thorner Magistrat eine Zahlungsaufforderung für die erste Rate des Kommunalzuschlages zur staatlichen Einkommensteuer für das Jahr 1931 zugebilligt. Diese Rate hatte der Steuerzahler bereits im April d. J. an die Steuerkasse beim Magistrat abgeführt. Der Fall fand dadurch seine Erledigung, daß der Steuerzahler die Quittung vorwies, andernfalls er die Summe hätte noch einmal zahlen müssen.

Wegen Teilnahme an dem Schmuckschmiedestahl zum Schaden des in der Strohbandstraße wohnhaften Goldschmiedemeisters Burdinski verhaftete die Polizei den 34 Jahre alten Franz Weika, seine Frau Monika und den 25jährigen Alexander Brzeziński, sämtlich wohnhaft in Thorn. Die Verhafteten wurden dem Bezirksgericht zugeführt.

Der Polizeibericht vom Dienstag verzeichnet neben fünf kleineren Diebstählen sechs Übertretungen der polizeilichen Verwaltungsvorschriften sowie eine Protokollaufnahme wegen feindlicher Äußerungen gegen den Staat und Marschall Pilsudski. — Verhaftet und dem Bürgergericht zugeführt wurde eine Person wegen Veruntreuung. Außerdem erfolgte die Festnahme zweier Trunkenbolde, die nach erfolgter Ausnüchterung wieder entlassen wurden.

Podgorz bei Thorn, 22. Juli. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde über die Frage der Beschäftigung der Arbeitslosen verhandelt. Der vom Magistrat aufgestellte Arbeitsplan, der durch das Magistratsmitglied Kowalski erläutert wurde, fand nach kurzer Diskussion einstimmige Annahme. Es ist vorgesehen, in erster Linie die verheirateten Arbeitslosen mit größerer Familie zu beschäftigen, und zwar drei Tage in der Woche, dagegen die Arbeitslosen mit kleinerer Familie zwei bzw. einen Tag. Eine weitere Beschäftigung der Arbeitslosen wird von der Erlangung der Fonds für die Arbeitslosenaktion abhängig sein.

Ditschan (Tczew), 22. Juli. Im Garten der Villa an der Waldauerstraße Nr. 45 befindet sich ein Kirschbaum, welcher in diesem Jahre bereits zum zweiten Male in Blüte steht, obwohl die ersten Früchte noch nicht abgeerntet sind. — Die hiesige Bahnhofs-polizei verhaftete einen gefährlichen Einbrecher, welcher im Kreise Karthaus einen Einbruch verübt hatte. — Der heutige Wochenmarkt war sehr gut besetzt. Butter und Eier waren genügend vorhanden, jedoch im Preise gestiegen. Man zahlte für Butter 2,00—2,30, Eier die Mandel 1,80—1,90.

Ch Konig (Chojnice), 22. Juli. Drei Banditen festgenommen. Am letzten Montag wurde bei dem Besitzer August Glaser ein Einbruch verübt. Als Täter wurden ermittelt: Der 25 Jahre alte Schmied Stanislaw Groschalski, der Arbeiter Michael Skrobek, 25 Jahre alt, aus Niezamy und der Arbeiter Michael Juszcak aus Lody, 24 Jahre alt. Alle drei haben langjährige Zuchthausstrafen hinter sich. Durch Herausnehmen einer Scheibe gelangten sie in die Wohnung und stahlen ein Portemonnaie mit 100 Zloty, Bett- und Tischdecken, Anzüge, Mäntel sowie ein silbernes Kreuzifix, das sie in Stücke brachen. Dann flohen die Banditen in den naheliegenden Wald. Ein Einwohner aus Lottyn hatte jedoch die Männer bemerkt und alarmierte die Gemeindegewohner, die sofort die Verfolgung aufnahmen, die Täter stellten und arg verprügelten, so daß ein Arzt zu Hilfe herbeigeholt werden mußte. Die Polizei nahm die Banditen fest.

Löbau (Lubawa), 22. Juli. Der letzte hier stattgehabte Jahrmarkt war mittelmäßig besetzt. Auf dem Viehmarkt bestand infolge der nahenden Vandarbeiten eine größere Nachfrage bei Pferden. Für Arbeitspferde zahlte man 80—200 Zloty, für bessere Pferde 200—600 Zloty. Rindvieh wurde flau gehandelt. Jungvieh kostete 70—200, Kühe 150—220, gute Milchkühe 250—360 Zloty. — Die Viehbrachen auf den Speichern des Landwirts Otto Kafeld ein und entwendeten drei Zentner Roggen. Die Polizei wurde vom Einbruch sofort in Kenntnis gesetzt; es ist schon gelungen, einen der Täter zu ermitteln. — In Giesfelde hatten drei ohne Aufsicht gelassene Kinder im Alter von 3—6 Jahren ein größeres Quantum grüne (unreife) Beeren gegessen. Kurze Zeit nach dem Genusse zeigten sich bei den Kindern Vergiftungserscheinungen. Infolge verspäteter ärztlicher Hilfe hatte das Gift die inneren Organe derart angegriffen, daß die Körper anschwellen und schwarz wurden. Es besteht wenig Hoffnung, die Kinder am Leben zu erhalten. — Als die Frau Chelkowska aus Samplawa im Walde Blagowora Beeren sammelte, wurde sie von einer Kreuzotter gebissen. Ch. begab sich sofort zum Arzt im Hilfe. — Ein Feuer entstand im Gehöft des Landwirts Paskiewicz in M. Balowski. Dem Feuer fielen eine Scheune, ein Wagenremise und verschiedene landwirtschaftliche Maschinen zum Opfer. Der Brandschaden wird auf 10 000 Zloty angegeben.

Mewe (Gniew), 22. Juli. Durch Blitzschlag wurde die Scheune des in Tymawa, Kreis Mewe, wohnhaften Landwirts Leopold Perlich eingestürzt. Mitverbrannt sind verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und vom Lebenden Inventar 48 Hühner und ein Schwein. Der durch Beschädigung bedachte Schaden beträgt fast 25 000 Zloty.

Neustadt (Wejherowo), 22. Juli. Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt gestern Abend im Vereinslokal Schumann bei zahlreicher Beteiligung eine Plenarsitzung ab. Der Referent vom hiesigen Finanzamt (Urząd Skarbowy), Grajewski, hielt einleitend einen Vortrag über die Einkommensteuer und belehrte die Anwesenden über die ihnen zugegangenen Hauptlisten. Es war seinerzeit eine Delegation zum Starosten und Bürgermeister gefandt worden, um Stellung zu der erhöhten Wege- und Kanalisationssteuer zu nehmen; hierüber referierte der Vorsitzende Dziecielski. Zum Schluß wurde noch über zinslose Baudarlehen gesprochen.

Stargard (Starogard), 22. Juli. Am Mittwoch brannte in Linsitz eine Scheune des Landwirts Specht nieder.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Furchtbare Rache einer Magd.

Eine furchtbare Tragödie hat sich in dem Dorfe Wydrycze, Kreis Kamienek-Koszyrski in Polesien, abgespielt. Dort war die Magd Eufrozyna Sorokowna bei dem Landwirt Martyniuk bedienstet. Zwischen beiden entwickelte sich ein intimes Verhältnis, von dem schließlich auch die Frau des Landwirts erfuhr. Martyniuk begann nun seine Frau zu mißhandeln und trieb sie eines Tages aus dem Hause, um, wie er sagte, die Dienstmagd zu heiraten. Einige Zeit war das Zusammenleben der Beiden ungestört, bis der Bauer auch das Mädchen zu schlagen anfang. Als es schließlich noch ein Kind zur Welt brachte, wollte der Bauer von ihr nichts mehr wissen und trieb die Betrogene mit dem Kinde aus dem Hause. In ihrer Verzweiflung ersann sie nun einen furchtbaren Racheplan. Sie besorgte sich eine Flasche Petroleum, schlich sich in der Nacht an das Haus des Bauern und zündete es an, nachdem sie das Petroleum auf die Holzwand gegossen hatte. Das Feuer verbreitete sich schnell und griff bald auf die Nachbargebäude über. Da ein starker Wind wehte, stand in ganz kurzer Zeit das ganze Dorf in Flammen. Alle Rettungsversuche erwiesen sich als unzureichend, das entseelte Element setzte seine Vernichtungsarbeit fort. Nach einigen Stunden war das ganze Dorf in Asche gelegt. 150 Gebäude waren dem Feuer zum Opfer gefallen. — Die Brandstifterin wurde später verhaftet. Im Gefängnis hat sie dann zunächst ihr Kind erwürgt, später sich selbst erhängt.

Radomsk, 21. Juli. Nach 22 Jahren eingekerkert. Der vor dem Kriege in Szydlow, Kreis Radomsko, wohnhafte Landwirt Josef Bartosik hatte vor der Ableistung der Militärdienstpflicht geheiratet. Dann wurde er

Thorn.

Personen- u. Küchen-Waagen (Alexanderwerk) stets vorrätig. Falarski & Radaike, Toruń Nowy Rynek 10. Tel. 561. Nowy Rynek 10. 4435

Gebr. Herrenfädel kauft gegen Kassa 995 Otto Wegner Nachflg.

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, d. 26. Juli 1931 (8. n. Trinitatis)

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Heuer. Altstäd. Kirche. Vorm. 10 1/2 Uhr Gottesd., Pfr. Heuer, 12 Uhr Kinder-gottesdienst. Groß Bösendorf. Vorm. 8 Uhr Gottesd., i. Benjan, 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11 1/2 Uhr Rindergottesd. Gurske. Vorm. 10 Uhr Lesegottesd., in Neubuch. Leibisch. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder-gottesd., Bifar Hanwig. Grabowig. Nachm. 3 Uhr Gottesdienst, dan. Rinder-gottesd., Bifar Hanwig. Kudal. Vorm. 9 Uhr Lesegottesdienst, Diakon Marzke. Neßau. Nachm. 2 1/2 Uhr Lesegottesdienst.

Großer Preisabbau!

Kaufen Sie keine Möbel, bevor Sie sich nicht von unserer großen Auswahl in Zimmer-Einrichtungen und Einzelstücken in altbekannter Qualität zu konkurrenzlos billigen Preisen überzeugt haben.

Gebrüder Tews, Toruń Aeltestes Möbelhaus am Platze Mostowa 30 6486 Telefon 84

Lampions Lampions Lampions Justus Wallis, Toruń Papierhdlg. 6324 Szeroka 34.

Kentzlan. Vorm. 10 Uhr Gottesdient m. Rindergottesd., nachm. 4 Uhr Jugendversammlg. im Pfarrhause. Damerau. Vorm. 10 Uhr Lesegotesdienst. Culmee. Vorm. 7 1/2 Uhr Rinder-gottesd., 10 Uhr Gottesd. Seglein. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten. Sonntag, d. 26. Juli 1931 (8. n. Trinitatis) Gruppe. Vorm. 9 1/2 Uhr Predigtgottesdienst, nachm. 2 Uhr Kinderfest im Wald bei Schwenten. Modrau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, dan. Kirchenger., nachm. 2 Uhr Rinder-gottesdienst. Rehden. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst. Rehalbe. Vorm. 10 1/2 Uhr Lesegottesdienst. Wittenburg. Vorm. 7 1/2 Uhr Gottesd., Rindergottesdienst.

Schweß. Briefpapier in Mappen und Kassetten, Glückwunschkarten, Geschenkartikel, wie Spiele, Jugendschriften, Romane, Schreibgeräten und -Mappen, Füllfederhalter, Postkarten, Poesie-Photoalben, Rahmen, Spielkarten, Tornister und Aktentaschen, Kontobücher, sämtliche Bürobedarfsartikel, Schulhefte, Krepp-, Seiden- und Krepp-Tollettenpapier, Kartons, illustrierte Zeitschriften und Modenhefte, auch das neue evgl. Gesangbuch in Klein- und Grobschrift empfiehlt preiswert. E. Caspari, Świecie n.W.

An unsere Graudenzler Leser. Damit in der Zustellung der „Deutschen Rundschau in Polen“ keine Unterbrechung geschieht, empfiehlt es sich, das Abonnement für August bei einer der nachstehenden Ausgabe-Stellen sofort zu erneuern. Die „Deutsche Rundschau in Polen“ ist die verbreitetste deutsche Zeitung in Polen; Anzeigen darin sind deshalb auch besonders wirkungsvoll. Alle Ausgabe-Stellen nehmen auch Inseraten-Aufträge entgegen. Hauptvertriebsstelle, Anzeigen - Annahme und Nachrichten-Dienst: Arnold Ariedte, Buchhandlung, Mickiewicza (Pohlmannstr.) 3. Ausgabe-Stellen: Billy Becker, Drogenhandl., Plac 23 stycznia (Getreidemarkt) 30. Emil Romey, Papierhandlung, Toruńska (Unterthornerstr.) 16. Edm. Jordan, Kaufm., Chelminska (Culmerstr.) 1. Matowsta, Zigarrengeschäft, Chelminska (Culmerstr.) 40. Jantowski, Kaufmann, Chelminska/Culmerstr. 76. Franz Sontowski, Rzeźniana (Schlachthofstr.) 24. Helene Hoeder, Papierhandlung, Józefa Wzbickiego (Marienwerderstr.) 9. Banach, Kolonialw.-Handlg., Kosciuszki 7a. Gawronski, Kolonialwarenhdlg., Koszarowa (Kafenerstr.) 13. Eduard Schachtlschneider, Forteczna (Festungstr.) 28. Rindt, Bäckerei, Lipowa (Lindenstr.) 17. A. Kowczynski, Kolonialwarenhandlung, Lipowa (Lindenstr.) 35. Gustav Klaffa, Bäckerei, Al. Tarpen, Grudziadzka (Graudenzstr.) 2. Geschäftsstelle der Deutschen Rundschau in Polen.

Unerwünschter Bewohner „erfreut“ sich das städtische Gut Kunterstein (Kunterstyn). Da haben sich nämlich in einem Schuppen seit einiger Zeit Leute „häuslich“ eingerichtet, die sonst wohl mangels einer Unterkunft im Freien kampieren würden. Wo Tauben sind, fliegen solche zu, und so folgten den ersten Eingezogenen neue nach. Bemühungen der Gutsverwaltung, der lästigen Eindringlinge sich zu entledigen, waren ergebnislos. Als aber auch noch der Giskeller unerbetenen Dauerbesuch erhielt, war es der Gutsleitung doch zu viel. Sie half sich damit, daß sie tiefe Baulichkeit, deren sie wohl nicht gerade dringend bedurfte, befehligen ließ. So ruft also die erschreckende Wohnungsnot sehr bedauerliche Zustände hervor, die möglichst bald auszuschalten eine bringende, leider aber nach Lage der Dinge nicht leicht zu erfüllende Aufgabe der zuständigen Stellen wäre.

Diebstähle. Aus dem Laden der Firma Bielskopolski (Klad kawy, Pohlmannstraße (Mickiewicza) 21, sind Zuckerwaren im Werte von 62, 60 Zloty entwendet worden. Ferner stahlen bisher nicht ermittelte Langfinger dem Hausbesitzer Hermann Redmann, Lindenstraße (Lipowa) 30, aus seinem Garten Kirschchen im Werte von 30 Zloty.

Thorn (Toruń).

Die Weichselhochfahrt im Juni. Im Vergleich zum Monat Mai hat die Schifffahrt auf der Weichsel im Monat Juni trotz der ungünstigeren Wasserhältnisse durch eine Steigerung des Passagier- und Frachtverkehrs eine wesentliche Zunahme erfahren. Eine besondere Belebung erfuhr im vergangenem Monat der Passagierverkehr. Die Dampfer der „Wistula“ brachten 9420 Personen nach Thorn, während in demselben Zeitraum 974 Personen von Thorn abfahren.

eingezogen. Der Weltkrieg brach aus und Bartosik kehrte nicht mehr nach seiner Heimat zurück. Während eines Kampfes geriet er in deutsche Gefangenschaft. Nach dem Kriege lernte er in Deutschland eine Landsmännin kennen, mit der er ein Liebesverhältnis anknüpfte. Er blieb daher in Deutschland. Im vergangenen Jahre starb die Geliebte, worauf er beschloß, nach seiner Heimat zurückzukehren. Dieser Tage erschien der seit 22 Jahren für tot gehaltene Bartosik wieder in Szydlow. Seine Frau hatte seine Todeserklärung erwirkt, die Landwirtschaft seinen Erben abgegeben und war seit drei Jahren mit dem Landwirt Wybiński verheiratet. Den wieder Heimgekehrten erkannte nur seine Frau. Diese wurde bei seinem Anblick geistesgestört, so daß sie nach einem Krankenhaus geschafft werden mußte.

\* **Kostopol, 22. Juli.** Der Schwab im Kornfeld. In Pobluzyn bei Kostopol stieß beim Kornhänen ein Arbeiter auf einen Topf, der zerbrach. In dem Topf befanden sich goldene polnische und litauische Münzen aus dem Jahre 1587.

## Aus den deutschen Nachbargebieten.

### Ein entmenschetes Weib.

\* **Königsberg, 22. Juli.** Der 33jährige Reichsbahnassistent Erich Baldeuhn wurde um Mitternacht im Schlafe von seiner Ehefrau mit Brennspritze begossen und angezündet. Über und über mit Brandwunden bedeckt wurde B. sterbend ins städtische Kranken-

haus in Königsberg eingeliefert. Die Feuerwehr löschte den Brand in der Wohnung. Auch die Ehefrau hatte leichte Brandwunden davongetragen. Der Grund der Tat ist unbekannt.

\* **Kumheim, Kr. Pr. Eylau, 22. Juli.** Ein schwerer Raubüberfall wurde auf dem Grundstück des Besitzers Josef Fallseher ausgeführt. Diebe drangen in das Schlafzimmer der Eheleute Fallseher ein und gaben mehrere Schüsse auf den Mann ab, der am Kopf schwer verletzt wurde. Frau Fallseher hat eine Kopfwunde und eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen. Das Befinden der Eheleute ist sehr bedenklich. Das Ehepaar wurde sofort in das Pr. Eylauer Krankenhaus eingeliefert. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Näheres ist zurzeit noch nicht bekannt.

\* **Podlesien, Kreis Braunsberg, 22. Juli.** Das dreijährige Söhnchen des Besitzers Franz Foz spielte unbeaufsichtigt auf dem Hofe in der Nähe des Teiches. Das Kind fiel ins Wasser und ertrank, ehe der Vorfall bemerkt wurde.

\* **Pillkallen, 22. Juli.** Der Gutsbesitzer Friedrich Bockhorn aus Dagnen, Kreis Pillkallen, befand sich mit seinem Fuhrwerk auf dem Wege nach Hause, als die Pferde plötzlich scheuten und durchgingen. Der Wagen schlug gegen einen Baum und kippte um. Bockhorn erlitt einen doppelten Schädelbruch, an dessen Folgen er bald nach dem Unfall gestorben ist.

# Sollten Sie

in Ihrem Bekanntenkreise jemand haben, der noch nicht Abonnent der „Deutschen Rundschau“ ist, so werben Sie für uns. Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unsere Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat August entgegen. Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

widerte, daß auch er mit einer starken nationalistischen Opposition, sogar innerhalb der Regierungsmehrheit, rechnen müsse, die gegen ihn Sturm laufen würde, wenn er die Betsprechungen mit einem nichtsagenden Communiqué abschließen und trotzdem die Reise nach London antreten würde. Aber er könne und wolle dem Reichskanzler nicht Unmögliches zumuten und bestehe daher nicht auf dem Wunsche, daß der Reichskanzler eine Erklärung abgebe, in der die einzelnen politischen Streitfragen ausdrücklich erwähnt werden. Auch auf deutscher Seite wird die Loyalität des französischen Ministerpräsidenten und sein Verständnis für die Lage der deutschen Verhandlungspartner hoch anerkannt.

## England und Amerika gegen langfristige Kredite.

### Vorläufig keine politischen Bedingungen.

Paris, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die heutige Morgenpresse gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Londoner Konferenz, die wahrscheinlich morgen ihren Abschluß findet, eine Lösung der deutschen Krise nicht bringen werde. Das französische Projekt, in dem die Gewährung langfristiger Kredite an Deutschland vorgesehen wird, sei einer Opposition sowohl Englands als auch Amerikas begegnet, die die von Frankreich geforderten Garantien nicht gerade mit Wohlwollen aufgenommen hätten. England und Amerika wollten Frankreich daran hindern, die gegenwärtige Lage zur Stärkung der Friedensstrategie auszunutzen.

Nach der allgemeinen Meinung wird die Konferenz den englisch-amerikanischen Vorschlag annehmen, der eine Reihe von Maßnahmen vorsieht, die zum Ziele haben, die Kapitalflucht aufzuhalten, und die kurzfristigen Kredite auszunutzen, die Deutschland vorwiegend noch in den Vereinigten Staaten besitzt und die etwa 5 Milliarden Mark betragen. Gelingt es, diese Flucht aufzuhalten, so werden die kurzfristigen Kredite nach sechs Monaten in langfristige Kredite umgewandelt werden können. Das Internationale Komitee, das in Basel seinen Sitz hat, um dessen Bevollmächtigte den Stand der deutschen Wirtschaft studieren werden, wird im Auftrage der Bank für Internationale Zahlungen die Leitung dieser Änderung der Kredite übernehmen und sich sogar mit einer Bereitstellung von neuen Kapitalien beschäftigen, die zur Ausfüllung der Verluste bestimmt sind, die die deutsche Wirtschaft gehabt hat.

Dieser Plan hat in Frankreich keine Vorbehalte gefunden; denn die von Frankreich in Deutschland engagierten kurzfristigen Kredite überschreiten nicht acht Millionen Mark. Es kann daher vorläufig von einem politischen Charakter nicht die Rede sein, wie dies Ministerpräsident Laval behauptete. Diese Frage wird erneut aufgenommen werden bei der Besprechung der Frage der Umgestaltung der kurzfristigen Kredite in langfristige, sowie nach Gewährung einer neuen bedeutenden Anleihe an Deutschland. Wenn diese Anleihe dann überhaupt noch nötig sein sollte.

## Der Kampf um die innerdeutsche Kapitalbildung.

### Die Bedeutung der Notverordnung über Kapitalflucht.

Von dem Augenblick an, wo es zu einem offenen Geheimnis geworden war, daß die Danabank sich in Schwierigkeiten befand, hat eine erneute Kapitalfluchtbewegung aus Deutschland eingesetzt. Noten aller Länder wurden in großem Umfang gesammelt und sind, wie das neueste Schlagwort es bezeichnet, für unabsehbare Zeit geporiert worden. Damit gehen erhebliche Beträge der deutschen Wirtschaft verloren, die umso schwerer ins Gewicht fallen, als das Reich wie alle Länder Mitteleuropas, unter einer seit Jahren empfindlichen Kapitalnot leidet. Durch die Notverordnung über Maßnahmen zur Bekämpfung der Kapitalflucht will man versuchen, beträchtliche Summen der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Ob dies gelingt? Die großen Schieber pflegen immer ein Hinterbüchlein zu finden. Aber trotzdem soll nicht bestritten werden, daß diese drastische Verordnung wenigstens für die Zukunft auf den größten Teil der Flüchtlinge abschreckend wirken dürfte.

Man kommt mit dieser Verordnung in Berlin vor allem den Wünschen des kreditgebenden Auslandes nach, indem man verhindern will, daß neu hereinstießende Gelder sofort wieder dazu benutzt werden, um Mark in Devisen umzutauschen. Nicht alle, aber doch immer ein erheblicher Teil des Kapitals, das in den letzten sieben Jahren an Deutschland gegeben worden ist, ging als deutsches Eigentum wieder ins Ausland zurück. Die Schätzungen über die effektive Kapitalabwanderung aus Deutschland gehen weit auseinander. Es werden Zahlen genannt, deren Mindestgrenze bei 5, deren Höchstgrenze zwischen acht und zehn Milliarden liegt. Eine auch nur annähernd genaue Feststellung wird niemals möglich sein, weil die Formen der Kapitalfluchtbewegung so vielgestaltig sind, daß ein restloses Eindämmen dieser Bewegung gar nicht möglich ist. Dagegen kann es gelingen, so erhebliche Schranken gegen die Kapitalflucht zu errichten, daß sie volkswirtschaftlich nicht zu einem verhängnisvollen Mißstand ausartet. Wie schwierig die Feststellung der Kapitalfluchtbewegung ist, erhellt schon aus dem Beispiel der letztwöchigen Kapitalflucht. Nicht einmal hier

# Rings um Paris und London.

## Das Pariser Gespräch

### zwischen Deutschen und Franzosen.

Aus der Fülle des Berichtmaterials über das für die ganze europäische Entwicklung wichtige Gespräch der führenden deutschen und französischen Staatsmänner, das am Sonnabend in Paris begann, um dort in der Nacht zum Montag ohne ersichtliche Ergebnisse abgebrochen und später nach London, in der englischen Hauptstadt und bald in Berlin fortgesetzt zu werden, greifen wir aus einer längeren Betrachtung des Pariser Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ folgende Absätze heraus:

„Die finanzielle Frage ist so offen wie zuvor, die politische ebenso. Aber die Lösung der politischen Frage ist von den Franzosen als Vorbedingung für die Behandlung der ersten festgehalten worden.“

Während der Verhandlung selbst hat ein Verhandlungsteilnehmer das Bild von einem Wasserbecken gebraucht mit einem Loch, aus dem Wasser abfließt. Dies Loch gelte es zu verstopfen. „Aber“, so warf ein anderer ein, „wenn in diesem Becken Fische schwimmen, denen das Wasser bereits ausgegangen ist, muß man dann nicht auch Kräftige Wasser nachgießen?“ Was bei den finanziellen Verhandlungen erwogen zu sein scheint, ist in erster Linie ein „Stillhaltekonjunktium“, gebildet aus den maßgebenden Ländern. Ist darüber hinaus ein Rediskontokredit unbedingt notwendig, und wie steht es mit der vielerwähnten Anleihe? Falls es nicht für eine normale Wiedereingangssetzung des Umlaufs von Zahlungsmitteln in Deutschland notwendig sein sollte, dann möchte man offenbar aus finanziellen und politischen Gründen von einer solchen Anleihe möglichst absehen. Eine bestimmte Antwort auf all diese Fragen wurde nicht gefunden.

Die engeren deutsch-französischen Besprechungen gliederten sich in zwei Abschnitte, in einen finanziellen und in einen ausschließlich politischen. Der erste Abschnitt wurde abgebrochen, weil der Reichskanzler sich als Gegenleistung für jede Art von Kredit, auch kurzfristiger Art, nicht auf das verpflichten konnte, was mit einem etwas schiefen Ausdruck von der französischen Presse als „politisches Moratorium“ bezeichnet wird. So wurde dieser Punkt vertagt.

„Zum politischen Abschnitt ist ganz allgemein zu bemerken, daß nach dem Eindruck der deutschen Minister der französische Ministerpräsident unverkennbar bestrebt war, die psychologische Lage in Deutschland zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Er, der seiner Charakteranlage als typischer Auvergnate vorfichtige Schüler Briands, dem es so oft bei sozialen Konflikten in Frankreich gelungen war, das vermittelnde Wort zu finden und dessen nüchterne Betrachtungsweise allgemein bekannt ist, gestand immer wieder zu, daß man als Inhalt der Verhandlungen nicht in den Bericht aufnehmen könne, was der Reichskanzler nach seinem besten Wissen und Gewissen als untragbar für das deutsche Empfinden bezeichne. Er erkannte auch immer wieder den Eindruck an, den die offene Art Brüning's auf französischer Seite hervorgerufen habe. Dieser hatte als stärksten Trumpf die drohende bittere Notwendigkeit eines ausländischen Moratoriums, das die gesamte Weltwirtschaft, auch die der finanzkräftigsten Länder, mit in den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens hineinziehen müsse, erst der andern osteuropäischen Staaten, dann Englands, dann Amerikas und schließlich Frankreichs selbst.“

„Was die politischen Fragen betrifft, so herrscht in Frankreich eine praktisch nicht genauer fahbare Mystik von Garantien und Verzichtserklärungen, von einer grundlegenden Umgestaltung der deutschen politischen Zielsetzung. Das „Journal“ drückt sich vermutlich vollkommen zutreffend aus, wenn es berichtet:

„Der Pierre Laval hat nicht verhehlt, daß es sich um etwas ganz anderes handle, als um die Verlegung des Baues eines Panzerkreuzers, den Deutschland fertigzustellen berechtigt sei und über den sich aufzuregen wir (die Franzosen) keinerlei besondere Gründe haben. Die Frage der Bollung mit L'Esprit könne den neuen Formeln einer europäischen Vereinbarung eingepaßt werden. Es handelt sich darum, unbedingt auf die Änderung der militärischen Klauseln im Versailler Vertrag zu verzichten. Es handelt sich darum, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, beginnend mit denen des polnischen Korridors. Welcher deutsche Regierungsleiter aber könnte solche Verpflichtungen auf sich nehmen? — Wir müssen Reichskanzler Brüning die Berechtigung widerfahren lassen, daß er so offenerzig war, uns darüber keinerlei falsche Vorstellungen vorzuspiegeln. Was könnte man unter solchen Umständen machen? Sollten wir unverzüglich die Möglichkeit einer Verständigung anerkennen? Sollten wir uns dem Vorwurf aussetzen, daß wir das Pferd am Schwanz aufzäumen wollten und politische Zusicherungen forberten, bevor wir den Beweis geliefert hätten, daß wir auch tatsächlich in der Lage wären, einen finanziellen Beitrag zu leisten? Das war der kritische Punkt. Laval hat erklärt, daß er sich den Londoner Verhandlungen nicht widersetzen wollte aus dem bloßen Grund, weil die politischen Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland zu tief seien, als daß sie mit einer Kraftanstrengung des guten Willens binnen weniger Stunden beseitigt werden könnten. Warum sollte er auch

einer Auseinandersetzung sich entziehen, die ohne Frankreich zu seinem Ergebnis gelangen und zu der Frankreich so entscheidende Gründe, so viel Ansehen und Handlungsfreiheit mitbringen kann? Indessen hat der Ministerpräsident Wert darauf gelegt, die Deutschen ehrlich darauf aufmerksam zu machen, daß die Bedingungen Frankreichs uneingeschränkt weiter bestehen: finanzielle Bedingungen und politische. Man wird sie in London wieder vorfinden.“

„So berichtet die französische Seite. Was hat Brüning geantwortet? — Einer gleichfalls glaubhaften Darstellung zufolge:

„Deutschland kann nicht — weder als Gegenleistung für eine kurzfristige Hilfe noch für die Dauer eines zehnjährigen Kredits — sein Recht aus dem Artikel 19 des Versailler Vertrages preisgeben, der eine Nachprüfung der unannehmbar gewordenen Verträge und der den Weltfrieden bedrohenden internationalen Verhältnisse vorsieht. Diese Nachprüfung wäre aber sinnlos ohne die Möglichkeit friedlicher Änderungen.“

Hier klafft die Lücke! Obwohl sie nicht ausgefüllt werden konnte, war es wiederum Laval, der daran festhielt, die neue Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen, die man mit dem Zusammentreffen in Paris zu bilden begonnen habe, müsse vervollständigt werden durch eine häufigere und unmittelbare Berührung zwischen den Staatsmännern der beiden Länder. Der Reichskanzler hat die französischen Minister zum Gegenbesuch in Berlin eingeladen. Laval hat angenommen. Der Zeitpunkt steht aber natürlich noch nicht fest.“

## Der Kampf um die politischen Bedingungen.

Eine der Deutschen Regierung nahe stehende Persönlichkeit teilte dem Berliner Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ folgendes mit:

Nach den Berichten, welche die deutsche Delegation aus Paris nach Berlin gegeben hat, war der Verhandlungston in Paris ein überaus angenehmer. Eine Verständigung ist aber nicht erzielt worden. Die Annahme politischer Forderungen wurde vom Reichskanzler und Reichsaussenminister nicht verlangt, wohl aber sind die politischen Wünsche Frankreichs in der Aussprache, wenn auch nicht in der Form von Forderungen, vorgebracht worden. Namentlich ist der französische Finanzminister Lalandin immer wieder auf das politische Moratorium von zehn oder mindestens fünf Jahren zurückgekommen, zu dem Deutschland sich Frankreich gegenüber verpflichten soll.

### Dr. Brüning hat dieses politische Moratorium abgelehnt.

Im übrigen hat der Reichskanzler einen ausgezeichneten persönlichen Eindruck in Paris gemacht, und hohe französische Funktionäre haben sogar von der Bewunderung des französischen Ministerpräsidenten für den deutschen Reichskanzler gesprochen.

Aus Meldungen der Korrespondenten Berliner Blätter in Paris geht hervor, daß in Paris zwischen den Vertretern der Deutschen und der französischen Regierung wenigstens die prinzipielle Abrede getroffen worden ist,

### sich über politische Aktionen von Fall zu Fall vor ihrer Einleitung zu verständigen und so das gegenseitige Mißtrauen abzubauen.

Auch das Mißtrauen gegen angebliche deutsche Rüstungsbestrebungen ist gemildert worden. Insbesondere scheinen der Reichskanzler und der Reichsaussenminister keinen Zweifel daran gelassen zu haben, daß sie sich mit den Rüstungen, die in Frankreich so unliebsames Aufsehen erregt haben, wie der „Stahlhelm-Tag“ in Breslau, der „Kavallerie-Tag“ in Dresden und ähnliche, durchaus nicht solidarisch erklären. Die Erörterung der Frage des Panzerkreuzers bleibt auscheinend den diplomatischen Besprechungen vorbehalten, die im Zusammenhang mit der Abrüstungskonferenz geführt werden. Die Vertreter der Deutschen Regierung ließen Frankreich erkennen, daß Deutschland bereit ist, Garantien finanzieller Art für einen großen Kredit zu geben, nur dürfen diese Garantien nicht die Gestalt einer unerträglichen Kontrolle annehmen.

Aber die Aussprache, die am Sonnabend nachmittag zwischen den deutschen und den französischen Staatsmännern stattfand, wird ferner berichtet:

### Es ging hart auf hart.

Dr. Brüning erklärte kategorisch, daß er einer Erklärung nicht würde zustimmen können, in der die einzelnen politischen Streitfragen ausdrücklich erwähnt werden, weil er dann unverzüglich zurücktreten müßte. Der französische Ministerpräsident Laval er-

können annähernd richtige Angaben gemacht werden. Man ist auf Schätzungen angewiesen. Jedenfalls eines ist sicher: die vielfach genannten Summen von einer halben Milliarde Mark und darüber sind zweifellos übertrieben. Man vermutet, daß etwa 250 Millionen in allerletzter Zeit als Fluchtkapital einzusehen sind, während die darüber hinausgehenden 1 1/4 Milliarden Devisenabflüsse auf Kreditkündigungen des Auslands zurückgeführt werden müssen. Erscheint somit die Devisenflucht noch relativ gering, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß im Laufe der letzten Jahre immer neue heftige Wellen der Kapitalfluchtbewegung eintraten, die einen erheblichen größeren Umfang annahm. Wenn es nicht schon damals zu untragbaren Folgen kam, so lag dies daran, daß noch 1929 und 1930 viele Milliarden mehr ausländischen Kapitals in Deutschland arbeiteten und daß vor allem keine auch nur annähernd gleich große Kreditkündigung wie jetzt eintrat.

Das beste Mittel gegen Kapitalflucht bleiben nach wie vor wirtschaftliche Maßnahmen. Steuererleichterungen, Androhung schwerer Strafen und alle die vielen anderen Behelfe, die angewandt werden, erleichtern wohl dem Kapitalflüchtigen den Entschluß, sich umzustellen, aber sie sind nicht dazu geeignet, Kapital ins Inland zurückzuführen. Dafür gibt es genügend Beispiele in der neuesten Wirtschaftsgeschichte. So fand 1918 in Rußland, das mit den drakonischen Maßnahmen gegen unerlaubten Devisenhandel etc. vorging, trotzdem ein Schleichhandel mit Dollars und anderen ausländischen Noten statt. Anders liegen die Dinge bei wirtschaftlichen Schäden, die der Kapitalfluchtgefahr erleidet. Die gewalttätig angelegene Disinflation und die Verdoppelung des Lombardfußes wird viele, die Mark gegen Noten und Devisen eingetauscht haben, zwingen, ihre Maßnahmen rückgängig zu machen. Es ist durchaus wahrscheinlich und möglich, daß in allernächster Zeit die Reichsmark die begehrteste Devise sein wird, da auf der einen Seite verhindert wird, daß deutsche Noten in größerem Umfang ins Ausland abfließen, während auf der anderen Seite ein zunehmender Zwang, sich mit deutschen Zahlungsmitteln einzudecken, hervorgerufen wird. Das dürfte genügen, damit an allen Plätzen der Welt die Marknotierung wieder aufgenommen werden kann.

Während mit dem Abban vieler Bestimmungen der einzelnen Notverordnungen zu rechnen ist, dürften die Vorschriften über die Verhinderung der Kapitalflucht noch längere Zeit bestehen bleiben, um erst auf Grund der Erfahrungen, die man inzwischen macht, eine dementsprechende Revision zu erfahren. Ein Diskontsatz von 10 Prozent muß auf die Dauer jede Wirtschaft erwürgen. Ihn wird man nur solange aufrecht erhalten, wie es unbedingt nötig ist. Das Kapitalfluchtgesetz dagegen dürfte mit Rücksicht auf den Schutz der deutschen Währung und vor allem mit Rücksicht auf den Zwang der innerdeutschen Kapitalbildung noch geraume Zeit in Geltung bleiben.

## Neue deutsche Notverordnungen. Gehälter in zwei Raten.

Die Reihe der Notverordnungen der Reichsregierung reißt nicht ab. Die beiden neuesten Notverordnungen sehen einmal eine gewisse Erhöhung des Umlaufs an Silbergeld zur Erleichterung des Geldverkehrs vor und zum anderen eine Gehaltszahlung nicht nur für die Beamten, sondern auch für die Privatangestellten in zwei Raten.

Bei allen Beamten und Empfängern von Monatsgehältern ist es für dieses Monatsende gestattet, zunächst die Hälfte des Gehalts auszubehalten und den Rest erst nach zehn Tagen. Läuft die Gehaltsfrist länger als einen Monat (Wierteljahresgehälter und ähnliches), dann sollen entsprechende Teilbeträge am 1. und am 15. des Monats gezahlt werden.

Zum Ausgleich finden sich in der Notverordnung über die Gehaltszahlungen auch Bestimmungen, daß die Mietzinsszahlungen entsprechend der Ratenzahlung von den Gehältern, d. h. ebenfalls in zwei Raten, geleistet werden können, ohne daß die Hausbesitzer daraus ein Kündigungsrecht ableiten können.

Desgleichen hat die Reichspost die Fristen für die Eintreibung der Telefonrechnungen verlängert.

## Die Zukunft der Antarktis.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Erdteils.  
Von Dr. Vilhjalmur Stefansson,  
dem berühmten Polarforscher.

Angesichts der bevorstehenden Arktisfahrt des „Graf Zeppelin“ verdient dieser ausschlußreiche Artikel besondere Beachtung.

Alle, die in der Vergangenheit Voraussagen auf lange Sicht über die Zukunft eines größeren Teil unserer Erde gemacht haben, sind durch die Tatsachen später ins Unrecht gesetzt worden. So sagt z. B. Tacitus in seiner „Germania“, er vermöge nicht zu begreifen, wie jemand, den nicht äußerster Zwang — wie etwa ein Krieg — dazu nötige, in dem wilden und rauhen Lande jenseits der Alpen auch nur ein Jahr lang leben könne. Hätte man ihm auch nur die Hälfte der wunderbaren Entwicklung berichtet, die gerade diese Länder nehmen sollten, er würde den Erzähler ausgelacht haben. Oder ein anderes Beispiel. 1763, am Ende des Siebenjährigen Krieges, forderten die Briten als Teil des Siegespreises die Insel Guadeloupe. Die Franzosen wollten sich nicht dazu verstehen. Guadeloupe, sagten sie, wäre mit seinen Kakao- und Zuckerpflanzungen und anderen Tropenerzeugnissen eine sehr wertvolle Besitzung. Die Briten sollten statt der Insel lieber Kanada nehmen. Diese, die Guadeloupe Wert wohl kannten, wollten indes von Kanada nichts wissen, das zwar ein sehr ausgedehntes Land war, ihrer Ansicht nach aber keinerlei Werte und Bodenschätze aufwies. Die britischen Staatsmänner ließen sich erst dann herbei, den Gedanken einer Erwerbung Kanadas in Erwägung zu ziehen, als einer ihrer Unterhändler darauf hinwies, das an die britischen Kolonien in Amerika stoßende Gebiet könnte sich einmal als sehr nützlich erweisen, sei es auch nur, weil es in den Händen einer feindlichen Macht als Ausgangspunkt für Angriffe auf die nordamerikanischen Besitzungen Englands dienen möchte. In britischen Händen würde es dagegen die Eigenschaft als möglicher Reibungspunkt verlieren und künftige Kriege in diesem Teile der Welt unmöglich machen. Dieser Gesichtspunkt, unterstützt durch Frankreichs Weigerung hinsichtlich

## Steuern werden nicht gestundet!

Für die Steuerzahlung ist keine Stundung vorgesehen, denn die ganze öffentliche Verwaltung, von deren Funktionieren alles in dieser Krise abhängt, muß unbedingt in Gang bleiben. Um die Steuerzahlungen auf alle Fälle in Gang zu halten, hat die Reichsregierung eine mächtige Erhöhung der Verzugszuschläge erfolgen lassen. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung kommt es zu Zuschlägen bis zu 120 Prozent.

Das Reich begründet diese Maßnahme ebenso wie die ratenweise Gehaltszahlung damit, daß die Steuereingänge auch da, wo keine Finanzschwierigkeiten bestanden, sehr stark zum Stocken gekommen sind, so daß für die Reichskasse Ersparnisse eintraten. Die Überweisungen an die Länder, die am 18. Juli fällig waren, sind daher auch nicht voll geleistet worden.

## Rundgebung des Reichslandbundes.

Die Zentrale des Reichslandbundes in Berlin übermittelte der reichsdeutschen Presse folgende Rundgebung:

„Die Erklärung der Reichsregierung über die Unannehmbarkeit politischer Forderungen zur Hergabe eines Kredites findet die Zustimmung des deutschen Volkes. Ein Nachgeben auf diesem Gebiet würde die öffentliche Ordnung in Deutschland zerstören.“

Ein Auslandskredit von 500 Millionen Dollar wäre kein Wunder der Wohltätigkeit, er wäre nur die leihweise Wiedergabe einer Tributjahresrate, eines kleinen Bruchteiles der bisherigen deutschen Tributleistungen. Dafür kann sich Deutschland nicht zum Sklavenvolk machen lassen.

Die Sorge vor Inflation wird übersteigert. Durch Erhöhung der Notenausgabe entsteht selbst bei verminderter Gold- und Devisenfunktion keine Inflation, solange die Reichsbank dem Reich und sonstigen öffentlichen Haushalten die Hergabe von Banknoten gegen Schuldschein verweigert, und wenn sich die Leitung der Reichsbank Vertrauen schafft. Auch ohne Reichsdevisen wird die Reichsbank vorübergehend mehr Noten gegen Warenwechsel der Wirtschaft ausgeben können, ohne die Währung zu zerstören. Der eigentliche Umlauf der Zahlungsmittel wird kaum gesteigert, da das verängstigte Volk zurzeit Noten zurückhält. Außerdem kann der Zahlungsverkehr zwischen den Banken nach ausländischem Muster bargeldlos ausgehandelt werden. Als zusätzliche Deckung gebe man der Reichsbank den entschiedenen

### Wiederaufbau Deutschlands.

Dieser hat die völlige Umgestaltung des Reichskabinetts zur Voraussetzung; denn dieses Kabinet hat die Möglichkeit, Deutschland mit kleinen Maßnahmen, unter Beibehaltung des bisherigen Kurses mit der Sozialdemokratie, zu sanieren, verloren.

Die rücksichtslose Enteignung der Wirtschaft und damit die Vernichtung der Arbeitsmöglichkeit durch die Steuererschraube müssen aufhören.

Die Zwangsbeziehung der Arbeit und eines großen Teiles der gewerblichen Produkte durch Preisbindungen ist überholt, sie muß beseitigt werden.

Auf Kapitalflucht lege eine nationale Regierung drakonische Strafen, auch die Todesstrafe.

Die teilweise Zahlungseinstellung des Reiches ist der unumgängliche Dornenweg zur Sanierung der öffentlichen Wirtschaft. Damit wird auch Bahn geschaffen für ein allgemeines natürliches Sinken der Preise und eine durch Gesetz zu ordnende Herabsetzung aller Verpflichtungen der innerdeutschen Wirtschaft.

Die Arbeitslosenunterstützung muß durch Naturalieferungen — Speisungen — ersetzt werden.

Die Landwirtschaft ist bereit und in der Lage, die Ernährung des deutschen Volkes durchzuführen.

der Abtretung Guadeloupe, schlug durch, und Kanada wurde britisch.

Diese Beispiele zeigen, wie schwer es ist, die künftige Entwicklung ausgedehnter Landgebiete vorherzusagen. Tacitus gilt noch heute als einer der bedeutendsten Vertreter seiner Epoche. Die britischen Staatsmänner, die von Kanada nichts wissen wollten, gehörten zu den Klügsten und weitsichtigsten ihrer Zeit. Und doch irrten sie sich gründlich in ihren Prophezeiungen. Kann man da die Zukunft eines Gebietes wie Antarktis voraussagen wollen, von der wir weniger wissen als von irgend einem anderen Teil der Welt? Kanada ist heute im Begriff, eine der größten Weltmächte zu werden, während von Guadeloupe auch mancher Gebildete nicht zu sagen wüßte, was es ist und wo es liegt. Es wäre danach auch von mir recht töricht, irgend eine Prophezeiung über die Zukunft des antarktischen Kontinents wagen zu wollen.

Höchstens kann ich darauf verweisen, daß Antarktis sich gewisser, uns bereits bekannter Vorteile erfreut, die für spätere Geschlechter einmal höchst bedeutungsvoll werden mögen. So weist die Südpolarsee ein unendlich reiches Tierleben der verschiedensten Arten auf, von dem man sich kaum eine Vorstellung machen kann, und diese unermeßlichen Naturschätze stehen erst am Beginn ihrer Erschließung. In ihrer Entwicklung liegen offenbar Möglichkeiten von beträchtlicher wirtschaftlicher Bedeutung.

Dagegen dürfte das antarktische Festland vom meteorologischen Gesichtspunkt aus sich als höchst wertvoll erweisen. Sir Hubert Wilkins hat, so viel ich weiß, bereits die Regierungen der wichtigsten Länder auf der südlichen Halbkugel für den Plan interessiert, rings um Antarktis einen Kreis meteorologischer Stationen zu errichten. Diese sollen es ermöglichen, nicht allein das Wetter auf der südlichen Hemisphäre für wenige Tage vorherzusagen, sondern auch — vielleicht erst in zehn oder zwanzig Jahren — den Witterungscharakter der kommenden Ernteabschnitte. Die wirtschaftliche Betätigung der südlichen Länder baut sich auf der Landwirtschaft auf, dem Getreidebau, der Rindvieh- und Schafzucht. Eine Kenntnis des Wetters etnen oder zwei Monate vorher würde eine vollkommene Ummwälzung in den bisherigen Methoden hervorrufen. Beste sie, wie

Bei Magen- und Darmbeschwerden, Epanaust, Stuhlträgheit, Aufblähung, Sodbrennen, Aufstoßen, Benommenheit, Schmerz in der Stirn, Brechreiz bewirken 1-2 Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser gründliche Reinigung des Verdauungsweges. (5914)

## Wir stehen vor der Gefahr eines zweiten Versailles.

Wir dürfen nicht schweigend vertrauen; es ist heilige Pflicht, zu warnen und einen Weg zur Freiheit aus der eigenen Kraft der Nation zu zeigen.

Graf Raldreuth,

Geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes.

## Offener Brief an den Reichskanzler.

Der Geschäftsführer des Vereins der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen, Dr. Reichert, wendet sich in einem offenen Brief an den Reichskanzler. Er kommentiert zunächst die Worte des Reichskanzlers auf dem Bankiertag, mit denen sich dieser mahndend an die Bankwelt gewendet hat, dahin, daß das Gesamtmaß an kurz- und langfristigen Krediten nicht über den Betrag anschwellen dürfe, der nach den gegebenen Verhältnissen aus eigener Wirtschaft heraus alimentiert werden könne. Dieses Gesamtmaß sei seit langer Zeit weit überschritten. Dr. Reichert stellt fest, daß der Schuldendienst für die langfristigen Anleihen 875 bis 900 Millionen, die Verzinsung der kurzfristigen Auslandskredite 480 Millionen, zusammen also 1355 bis 1380 Millionen Reichsmark erforderten. Dazu kommen die Renten des überfremdeten Besitzes an deutschen Grundstücken und der ausländischen Beteiligungen, die Dr. Reichert auf 420 bis 480 Millionen schätzt.

Die gesamte Auslandsverschuldung und Überfremdung der deutschen Wirtschaft belaste also das deutsche Volkseinkommen jährlich mit 1 1/4 Milliarden Reichsmark und mehr. Rechnet man den Schuldendienst und die Tributleistungen zusammen, dann ergebe sich eine jährliche Verpflichtung Deutschlands von 3,5 bis 3,6 Milliarden Reichsmark.

Deutschland habe mit den zahlreichen und großen Leistungen nach dem Versailler Diktat bereits mehr als 25 v. H. seines Volksvermögens geopfert, also bereits zehnmal soviel wie 1871 Frankreich. Deutschland könne überhaupt keine Verpflichtungen mehr zur Leistung weiterer Tribute anerkennen.

Den Kapitalentzug innerhalb des letzten Jahres errechnet Dr. Reichert auf 6,5 bis 7,5 Milliarden. Den dadurch verursachten Erschütterungen ließe sich in der Zukunft nicht vorbeugen, wenn nicht neben einer völligen Beseitigung der Tributlasten eine erhebliche Herabsetzung der deutschen Auslandsverschuldung herbeigeführt würde. Angesichts der Katastrophe müsse man feierlich vor aller Welt betonen:

Damit allein, daß man kurzfristige Auslandskredite beschränke, aber langfristige Auslandsanleihen weiterhin zulasse, werde die deutsche Schicksalsfrage nicht gelöst, würde die Welt nicht von dem Verhängnis befreit. Es nütze nichts, nur an den Symptomen der Krankheit, d. h. nur an den Auslandskrediten, herumzufurieren, wenn man nicht im Gegenteil die Hauptursache der Auslandsverschuldung, nämlich das Tributsystem, ein für allemal begrabe. Es gehe darum, den ganzen ungeheuren Krankheitsherd samt allen Krankheitsstoffen aus dem deutschen Wirtschaftskörper zu entfernen. Das erfordere eine möglichst weite Herabsetzung der deutschen Auslandsverschuldung und es verlange vor allem eine alsbaldige vollständige Beseitigung des ganzen Tributsystems.

## Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,  
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Sir Hubert Wilkins annimmt, ein internationales Zusammenwirken der führenden Länder der südlichen Halbkugel dauernd verwirklichen, so würde man zu einem großen Teile den Zufall und die Ungewißheit ausschalten können, unter denen die Landwirtschaft dort unten heute zu leiden hat. Die Farmer werden wissen, wann sie auf gute oder schlechte Ernten rechnen können; sie können dann die erforderlichen Maßregeln im Falle eines etwaigen Übersflusses oder Mangels treffen. Nicht nur südlich des Äquators, sondern in der ganzen Welt werden die Nahrungsmittelpreise weniger Schwankungen zeigen, was für die ganze Menschheit von nicht zu verachtender Bedeutung sein wird.

Man muß weiter zugeben, daß Antarktis eins der interessantesten Länder der Welt ist, ein Land, welches das ganze Jahr hindurch zu neun Zehnteln unter Eis und Schnee begraben, mit seinen ungeheuren Gletschern und riesigen Berggipfeln, seinem kräftigen Klima eine große Anziehungskraft auf Reisende ausüben muß, sobald erst einmal die Verkehrsbedingungen dort hin sich gebessert haben werden. Nicht für jene Klasse von Reisenden, die von einem Luxushotel ins andere ziehen, den Winter an der Riviera und den Sommer in irgend einem Badeort zubringen, sondern für jene, die am Sport im Freien, am Bergsteigen, Schneeschuhlaufen und dergleichen Gefallen finden. Diesen dürfte es als ein wahres Paradies erscheinen.

Zu gegebener Zeit wird sicher eine Luftschiff- oder Flugzeug- so gut wie eine Dampferverbindung nach den antarktischen Gestaden eingerichtet werden, und wiederum dürften sich die meteorologischen Stationen von unvergleichlichem Werte erweisen, indem sie den Luftschiffen Wettermeldungen übermitteln, auf Grund derer jene den Sturmgebieten ausweichen können. Nebenbei gesagt, ein Luftschiff vermag einem Sturm weitaus besser Trotz zu bieten als ein Dampfer; denn dieser hat gegen zwei Elemente zugleich zu kämpfen, gegen See und Wind, das Luftschiff aber nur gegen eins. Reisen in der Luft werden daher sicherer sein als solche mit unseren heutigen Verkehrsmitteln und zweifellos zu einem der wichtigsten Verbindungsmittel zwischen dem ewigen Schnee begrabenen Gegenden um den Südpol werden.

# Wirtschaftliche Rundschau.

## Der Stickstoffkrieg beginnt.

### Polens Verbot der Stickstoff-Düngereinfuhr.

Nach dem ergebnislosen Verlauf der zwischen den europäischen Stickstoffländern und Chile in Luzern gepflogenen Endverhandlungen bezüglich der Restlieferung von Erzeugnissen und Abfallprodukten voranzutreiben, daß ein rückständiger Abfallkampfs aller gegen alle beginnen wird. Die Stickstoffherstellung hat bekanntlich nach dem Kriege derartige Ausmaße angenommen, daß die Nachfrage dem Erzeugungsstempo keineswegs nachkommen kann. Die Produktionsquote wird mit 4 Millionen Tonnen nicht zu hoch geschätzt, Chile hat in seinen europäischen Ländern riesige Stickstoffmengen, während die Nachkriegsindustrie der meisten europäischen Stickstoffstaaten mehr als den Eigenbedarf ihres Landes zu decken imstande ist.

Bei der Unnachgiebigkeit der Konferenzteilnehmer war voranzutreiben, daß mit Rücksicht auf die Dumpinggefahr eine Welle von Höchstzöllen oder Einfuhrverboten folgen wird. Frankreich führte bereits am 8. Mai das Einfuhrverbot für Stickstoff durch, also vor den endgültigen Verhandlungen in Luzern und begründete seinen Schritt mit der Politik der Selbständigkeit seiner Stickstoffindustrie. Italien folgte mit einer ähnlichen Maßnahme bei vollständig ähnlicher Argumentierung. Deutschland, das die älteste Stickstoffindustrie Europas besitzt, mußte auf Grund der Entwicklung, die die Dinge am internationalen Stickstoffmarkt nahmen, eine Zollserhöhung vornehmen. Da die Verhandlungen in Luzern ergebnislos verliefen, dürfte dieser Schritt kein ausreichender Schutz für die deutsche Industrie sein, zumal gerade Deutschland (neben der norwegisch-englischen Gruppe) ohnehin schon ein weitgehendes Entgegenkommen den anderen Stickstoffstaaten gezeigt hat.

Ein besonders strenges Einfuhrverbot für Stickstoff wird durch die im „Dziennik Ustaw“ vom 22. d. M. veröffentlichte Verordnung des Ministerrates durchgeführt. Dieser Verordnung zufolge ist die Einfuhr von Stickstoff-Düngemitteln und der Mischungen, wie Stickstoff-Ammoniak, Schwefel-Ammoniak, Chile-Salpeter, gereinigtes und synthetisches Stickstoff-Soda, Kalk- und Stickstoff-Salpeter, verboten. Nur in Ausnahmefällen ist gegen besondere Einfuhrbewilligung des Handelsministeriums die Einfuhr gestattet.

### Neue Stickstoff-Düngerpreise.

Die staatlichen Stickstoffwerke in Chorzow geben soeben die Verkaufspreise für ihre Düngemittelfabrikate bekannt und gleichzeitig zur rechtzeitigen Information der Landwirte, auf die Preise für die nächste Frühjahrssaison. Hierbei ist besonders festzustellen, daß sich die Preise franco jeder Hauptbahnstation in Polen und in der freien Stadt Danzig verhalten, mit Ausnahme von Thom-Stickstoff, wofür der Preis loco Waggon Fabrik gilt. Die Preise betragen bei Barzahlung:

1931/32	Gem. Stickstoff 20-22% St.	Gest. Stickstoff 16% St.	Kali-Salpeter 15,5% St.	Kali-Stickstoff 16% St.	Soda-Salpeter 16% St.	Thomas-Mehl 19% St.	10% Phosphor.	
							100 kg Dünger	80 kg D
Juni 1931	1,64	27,35	29,95	26,60	—	—	18,00	—
Juli 1931	1,68	28,00	29,95	27,20	—	—	18,00	—
August 1931	1,71	28,50	29,95	27,70	—	—	18,00	—
September 1931	1,73	28,80	29,95	28,00	—	—	18,00	—
Oktober 1931	1,74	29,00	29,95	28,20	—	—	18,00	—
November 1931	1,74	29,00	29,95	28,20	—	—	18,00	—
Dezember 1931	1,76	29,30	30,30	28,50	—	—	18,00	—
Januar 1932	1,82	30,30	31,30	29,40	—	—	18,00	—
Februar 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	—	—	18,00	—
März 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	—	—	18,00	—
April 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	—	—	18,00	—
Mai 1932	1,86	30,95	32,00	30,10	—	—	18,00	—

Bei Kauf gegen Kredit werden Zinsen in Höhe von 1 Prozent über dem Diskontsatz der Bank Polki berechnet. Kreditverläufe werden ausschließlich durch Vermittlung der Ein- und Verkaufszentralorganisationen getätigt.

### Größerer Scheidemünzenumlauf in Deutschland.

Unter den Notverordnungen, die im Laufe des vorigen Monats erlassen wurden, befand sich eine Bestimmung, nach der die Reichsbank ermächtigt wurde, den Münzumsatz in Deutschland von 20 auf 30 Rm. pro Kopf der Bevölkerung zu erhöhen.

Nach den bisherigen Bestimmungen durfte der Münzumsatz rund 1200 Mill. betragen. Von diesem Recht hat das Reich nicht vollen Gebrauch gemacht, sondern nur rund 200 Mill. frei. Zu dieser Meiere tritt nun gemäß der Notverordnung ein Betrag von 645 Mill. Rm. Das Finanzministerium von der Ermächtigung auch nur annähernd in voller Höhe Gebrauch machen wird, ist kaum anzunehmen, obwohl die Kassenlage und die Budgetlage ohne Zweifel einen starken Anreiz dazu bieten, den durch den besonders niedrigen Silberpreis recht beträchtlichen Prägegewinn auszunutzen. 85 bis 87 Prozent des Nominalbetrages der neu ausgeprägten, in Umlauf zu bringenden Münzen würde die Reichsbank als Reingewinn verbuchen können, allerdings nur so lange, wie der Verkehr die Scheidemünzen tatsächlich aufnimmt.

Kurz vor Ausbruch der gegenwärtigen Zahlungsmittelkrise hatte die Reichsbank bekanntlich schon alle Mäße, ihren Vorrat an Hartgeld, der vorübergehend auf 200 Mill. angeschwollen war, und der für die Notenbank einen unnötigen Ballast darstellte, zu reduzieren. Inzwischen mag sich allerdings die Meinung des Publikums, Hartgeld in Empfang zu nehmen, beträchtlich erhöht haben. Sofern sich das Reich bei der neuen Münzprägung im Rahmen der Aufnahmefähigkeit des Publikums hält, ist eine solche Taktik bedenkenlos, zumal sie eine entsprechende Verminderung des bedeckungspflichtigen Notenumsatzes der Reichsbank herbeiführen würde. Überschreitet man aber diese Grenze, so müßte das Reich den überschüssigen Teil wieder einschmelzen und verkaufen, so daß sich der Prägegewinn bzw. der unverzinsliche Kredit, den das Reich auf diese Weise aufgenommen hat, schließlich als illusorisch erweisen würde.

### Der Zloty und die Devisen-Notverordnung Deutschlands.

Die Maßnahme der Deutschen Reichsbank, die polnischen Zahlungsmittel von dem Abführungszwang an die Reichsbank auszuscheiden, während alle anderen ausländischen Zahlungsmittel diesem Zwange unterliegen, hat in polnischen Finanzkreisen Befremden hervorgerufen. Nach dem bekannten Muster, einen Vorgang möglichst nicht sachlich zu beurteilen, stellt die gesamte polnische Wirtschaftspresse fest, daß die Anordnung der Deutschen Reichsbank eine ausdrückliche Äußerung eines bösen Willens mit volkstümlichem Hintergrund ist. Die halbamtlichen Pressestimmen wollen in dieser Maßnahme sogar einen Vorteil für den polnischen Zloty sehen, der dadurch, daß er den Zwangsbestimmungen nicht unterliegt und vom amtlichen Devisenverkehr ausgeschlossen ist, im privaten Geschäftsverkehr ein gesuchtes Zahlungsmittel werden wird.

Daß der Ernst der Finanzkrise Deutschlands die Reichsbankleitung nicht zu irgendwelchen Äußerungen des „bösen Willens mit politischem Hintergrund“ verleiten würde, wird jedem einflussreichen Finanzmann einleuchten. In Tagen der Not ergreift man jedes Mittel zur Rettung, wenn die deutsche Notenbank zur Stärkung ihrer Devisendeckung auf die polnischen Zahlungsmittel tropfen verzichtet, dann hat dies keine finanzwirtschaftliche Bedeutung. Von welchem Gesichtspunkt aus sich die Reichsbank leiten läßt, ist nicht bekannt, anzunehmen ist jedoch, daß sie die polnischen Zahlungsmittel für ihre finanzpolitischen Zwecke als nicht geeignet hält. Darans geht noch lange nicht hervor, daß irgend eine Gefahr für die polnische Währung bestehe.

Englands Goldverluste. Bereits gegen Ende der vorigen Woche brachte die Bank von England größere Goldmengen zum Verkauf, die von Frankreich, der Schweiz und von Holland aufgekauft wurden. Es handelt sich damals um eine Goldveräußerung von 40 Millionen Mark. Infolge der Kursverluste des englischen Pfundes sah sich die Bank von England erneut veranlaßt, am 22. Juli ein weiteres Goldangebot vorzunehmen. Dem Vernehmen nach verkaufte sie 3 Millionen Pfund Sterling (60 Millionen Mark) Barrengold, von denen der größte Teil nach Frankreich ging. Die gesamte Goldabgabe seit dem letzten Wochenanfang erhöht sich somit auf 15 Millionen Pfund (ca. 300 Millionen Mark). Es ist bis jetzt noch ungewiß, ob weitere Schritte von Seiten der Bank von England erfolgen werden, vor allen Dingen, ob es zu der vielerörterten Erhöhung der Diskontrate kommen wird. Die Lage ist vollkommen unübersichtlich und ungewiss.

# Der österreichisch-ungarische Handelsvertrag

## und sein Einfluß auf die polnische Ausfuhr nach Oesterreich.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Der am 30. Juni d. J. in Wien unterzeichnete neue Handelsvertrag zwischen Österreich und Ungarn ist für den polnischen Export von hervorragender Bedeutung. Der eigentliche Handelsvertrag besteht nur aus einem Mantelabkommen für vier andere Abkommen und enthält die formale Bestimmung, daß alle diese Abkommen zu einem bestimmten Zeitpunkt in Kraft treten, der auf den 30. Juli d. J. festgesetzt ist, und bis zum 30. Juni 1932 Gültigkeit haben. Der Vertrag kann jedesmal am 1. Juli mit 6monatlicher Frist gekündigt werden. Durch den neuen Vertrag ist der österreichisch-ungarische Handelsvertrag vom Jahre 1922 zunächst wieder in Kraft gesetzt, und es ist ein Zusatzvertrag zustande gekommen, der verschiedene Anträge hat, in denen — da der Vertrag vom Jahre 1922 ein tarifloser Vertrag war — die gegenseitigen Zolltarife und Zollzugeständnisse festgelegt sind. Den polnischen Export interessiert zweifellos am stärksten der Anhang A des Zusatzvertrages, der die Zugeständnisse bei der Anwendung der autonomen Zölle seitens Österreichs enthält. Diese Zugeständnisse werden nämlich auch auf Grund der Meistbegünstigungsklausel, die beim Handelsverkehr zwischen Österreich und Polen verpflichtet, auf Polen angewendet werden müssen. Diese Zollzugeständnisse beziehen sich nicht auf den bisher in Österreich angewendeten autonomen Zolltarif, sondern auf die sogenannte 5. Novelle, die gleichzeitig mit dem Handelsvertrag in Kraft tritt und eine große Reihe von Polen interessierenden Zollfragen im österreichischen Tarif enthält. Die neuen Konventionen, die den Ungarn zuerkannt sind, sind bereits von dem höheren Zollniveau aus berechnet, der in der Novelle enthalten ist. In allen den Fällen, in denen Österreich den Ungarn oder anderen Staaten die Zugeständnisse aus der 5. Novelle nicht zuerkannt hat oder zuerkennt, wird die Novelle, die in vielen Fällen hemmend wirkt, volle Anwendung finden. Nachstehend geben wir eine Aufstellung wieder, die Handelsrat Ingenieur Krollowitsch veröffentlicht und in der an den wichtigsten Beispielen die Wirkung der österreichischen Zollzugeständnisse aus Anhang A des erwähnten Zusatztarifs auf den polnischen Export ersichtlich ist:

Bisherige Fassung	Neue Fassung	bisheriger Konventionszoll	neuer Konventionszoll
Lebende Schweine im Stückgewicht von 40—110 kg	40—150 kg über 150 kg	18,—	13,—
über 110 kg geschlachtete Schweine und Schweinefleisch	über 150 kg	zollfrei	zollfrei
geschlachtete Rälber und Rälberfleisch	„ „	12,—	20,—
Eier	„ „	zollfrei	zollfrei
Schlachtirindvieh	„ „	zollfrei	zollfrei
Gebrauchs- und Zuchtvieh	„ „	8,50 bzw. 10,—	9,—
Jungvieh	„ „	35,—	50,—
lebende Rälber	„ „	6,—	8,—
Frühkartoffeln	„ „	zollfrei	zollfrei
andere Kartoffeln	„ „	1,—	2,—
Furniere	„ „	8,—	10,—
Sperrholz	„ „	10,—	12,—
Zement	„ „	0,80	1,20

Aus der vorstehenden Aufstellung geht hervor, daß die polnischen Exportbedingungen nach Österreich sich im allgemeinen verschlechtert haben. Bezüglich der Schweineausfuhr nach Österreich ist die Verschlechterung in zweifacher Beziehung eingetreten: einmal wurde die untere Grenze der zollfrei einzuführenden Schweine von 110 auf 150 Kilogramm je St. erhöht und auf diese Weise besonders empfindlich der polnische Schweineexporteur betroffen, da etwa die Hälfte der polnischen Schweineausfuhr nach Österreich im Jahre 1930 sich in den Gewichtsklassen zwischen 110 bis 150 Kilogramm je St. bewegte. Außerdem ist die Anwendung des bisherigen Konventionszollens von 18 Goldkronen beschränkt worden auf ein Kontingent, das nur 50 Prozent der ungarischen Schweineausfuhr nach Österreich mit einer Stückzahl von 40—110 Kilogramm umfaßt. Der österreichischen Statistik zufolge belief sich die Einfuhr lebender Schweine aus Polen nach Österreich auf 384 510 Stück,

wovon 169 534 Stück unter 110 Kilogramm wogen, 164 978 Stück aber über 110 Kilogramm. Die Hälfte der ersten Zahl, das heißt von 169 534 Stück, ist also maßgebend für das Kontingent, auf das den Konventionszoll in Zukunft von Österreich angewendet werden wird. Es verbleibt also ein Kontingent von 64 767 Schweinen, die in einem Stückgewicht von 40—150 Kilogramm zum Konventionszoll werden aus Polen nach Österreich exportiert werden können. Die restliche Menge von lebenden Schweinen, die aus Polen nach Österreich gingen, das sind an dem Export des Vorjahres gemessen 252 028 Stück, wird also den vollen autonomen Zoll entrichten müssen, der gemäß der Novelle 5 bis auf 45 Goldkronen für 100 Kilogramm oder etwa 100 Prozent des polnischen Inlandspreises beläuft. Daraus ergibt sich, daß die polnische Ausfuhr von lebenden Schweinen nach Österreich praktisch auf ein Viertel der Ausfuhr des Jahres 1930 sinken wird, wenn Polen in den bevorstehenden Verhandlungen über den neuen österreichisch-polnischen Handelsvertrag keine weiteren Zugeständnisse erhalten wird, als die, die sich aus der Meistbegünstigungsklausel ergeben. Aber auch diese Exportmöglichkeit kann sich noch im Maße der Verhärtung des Inlandsangebotes verringern.

Die Einfuhr geschlachteter Schweine aus Polen nach Wien belief sich nach der österreichischen Statistik im vergangenen Jahre auf 101 100 Stück und außerdem 585 000 Kilogramm Fleisch. Bei Umrechnung des Fleisches mit 50 Kilogramm für ein Stück ergibt das 111 800 Stück, wovon die Hälfte, das sind etwa 56 000 Stück, ebenfalls zu dem Ungarn zuerkannten Konventionszoll in Höhe von 26 Goldkronen für 100 Kilogramm nach Wien wird exportiert werden können, die andere Hälfte aber den autonomen Zoll gemäß Novelle 5 in Höhe von 70 Goldkronen zahlen muß, wodurch ihr Absatz unrentabel wird.

Außer den Erleichterungen bei den Konventionszöllen für Tiere und Fleisch hat Ungarn noch recht bedeutende Erleichterungen auch auf anderen Gebieten erhalten. Für Polen sind dabei von Interesse noch die Zollserleichterungen bei der Einfuhr gewisser Arten von Hülsenfrüchten, Wehl und einigen Obstsorten. Von den anderen Bestimmungen des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages ist nur noch von Interesse, daß beide Parteien sich verpflichten, ohne Einverständnis der Gegenseite keinerlei Ausfuhrprämien für irgend welche Artikel in irgend welcher Form zu erteilen.

In Polen haben die neuen Bestimmungen des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages größte Beachtung gefunden, da sie maßgebend sind als Grundlage für den neuen polnisch-österreichischen Handelsvertrag, über den zur Zeit noch verhandelt wird. Bis zum Abschluß dieses Vertrages ist bezüglich der polnischen Schweineausfuhr nach Österreich eine Zwischenlösung gefunden, durch die gegenwärtig das polnische Schweinekontingent für Österreich auf 4000 Stück festgesetzt wurde.

### Polnische Bacons in England.

o. Der Durchschnittspreis für polnische Bacons auf dem englischen Markte schwankte im Jahre 1929 zwischen 78 und 119 Schilling je cwt, während der Preis für dänische Bacons sich auf 94 bis 190 Schilling belief. Der Unterschied in absoluten Zahlen zwischen polnischen und dänischen Bacons betrug also 8 bis 24 Schilling, in Prozentzahlen 7,8 bis 23,6 Prozent. Im Jahre 1930 betrug der Preis für polnische Bacons je cwt. 56 bis 99 Schilling, für dänische 66 bis 112 Schilling. Der Unterschied in absoluten Zahlen schwankte also zwischen 7 und 25 Schilling, in Prozentzahlen zwischen 13,8 und 25 Prozent, ausnahmsweise einmal 31,6 Prozent. Im Laufe des Jahres 1930 hat sich also die Differenz beim Preise für polnische und dänische Bacons weiterhin etwas verschlechtert. Im laufenden Jahre ist diese Verschlechterung noch viel stärker hervorgetreten, besonders im April, wo in England für polnische Bacons 46 bis 64 Schilling, für dänische 66 bis 68 Schilling gezahlt wurden und der Preisunterschied bis zu 50 Prozent erreichte.

### Polen verdient an Danzig.

Die „Baltische Presse“, dieses in deutscher Sprache erscheinende polnische Organ in Danzig, das unlängst sein Erscheinen einstellte, hat kürzlich ausgerechnet, was Danzig überhaupt an Polen verdient. Dabei hat es die Zölle (!) und alles Mögliche eingerechnet, was nicht zu einer Wirtschaftsbilanz gehört und ist zu dem Ergebnis gekommen, Danzig verdient 200 Millionen Zloty an Polen im Jahr. Demgegenüber hat die Danziger Handelskammer durch eine Rundfrage über den reinen Warenverkehr festgestellt, daß das kleine Danzig mit seinen 400 000 Einwohnern Polen für 190—200 Millionen Zloty an Waren abnimmt, so daß Danzig einer der besten Kunden Polens ist. Es steht an fünfter Stelle in der polnischen Exportstatistik und dabei sind bei der Umfrage der Handelskammer nicht einmal alle Warenkategorien erfasst. Danzig kommt als Kunde Polens vor Rußland, Dänemark, Schweden, Holland, Frankreich, Lettland, Belgien, Schweiz, Rumänien, Ungarn und Italien; es bezog doppelt so viel Waren von Polen, wie die vier Erdteile Asien, Afrika, Amerika und Australien zusammen.

### Produktenmarkt.

#### Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 13. bis 19. Juli 1931 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Markte	Weizen	Roggen	Gerste	Safer
Inlandsmärkte:				
Warschau	—	25,52	—	30,25
Krakau	26,43	24,75	—	31,25
Polen	24,75	24,04	—	28,00
Lemberg	24,75	23,12 1/2	—	30,25
Lublin	25,70	23,45	—	25,75
Auslandsmärkte:				
Berlin	53,43	39,97	—	34,67
Hamburg	23,65	15,73	17,64	15,48
Paris	—	—	—	—
Prag	41,31	37,88	—	39,20
Brünn	39,07	38,08	—	37,62
Danzig	—	—	—	—
Wien	33,96	35,58	—	36,25
Liverpool	22,85	—	—	21,10
London	—	—	—	—
Newyork	—	—	—	—
Chicago	17,00	12,28	18,06	17,17
Buenos Aires	20,04	—	—	15,82

Amliche Notierungen der Polener Getreidebörsen vom 22. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Polen.

Richtpreise:	
Weizen	23,75—24,25 Sommerweide
Roggen	22,75—23,25 Beluchten
Wintergerste	19,00—20,00 Felderbier
Braugerste	—
Futterhafer	27,50—28,50 Vitoriaerbien
Roggenmehl (65%)	39,00—40,00 Blaue Lupinen
Weizenmehl (65%)	39,00—42,00 Gelbe Lupinen
Weizenkleie	13,50—14,50 Speisefartoffeln
Weizenkleie (grob)	15,00—16,00 Fabrikartoffeln
Roggenkleie	14,50—15,50 Exportartoffeln
Rüben	27,00—28,00 Roggenstroh, gepr.
Raps	—
	Heu, lose
	Heu, gepreßt

Gesamttenenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 150 to, Weizen 35 to.

Berliner Produktenbericht vom 22. Juli. Getreide- und Deshaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen markt, 75—76 Rg., Roggen markt, 70—71 Rg. 183,00—188,00, Braugerste —, Neue Wintergerste 1,—, Safer markt, 165,00—171,00, Mais —, Für 100 Kg.: Weizenmehl 30,75—37,25, Roggenmehl 28,00—30,00, Weizenkleie 13,00—13,25, Roggenkleie 11,75—12,25, Vitoriaerbien 26,00—31,00, Kleine Speisefarbien —, Futtererbien 19,00 bis 21,00, Beluchten —, Aderbohnen 19,00—21,00, Widen 24,00—28,00, Lupinen, blaue 18,00—20,00, Lupinen, gelbe 24,00—29,00, Seradella —, Rapsstufen 9,30—9,80, Feinfeinchen 13,70 bis 14,00, Trodenmehl 7,60—7,80, Soja-Extraktionsstrot 13,00 bis 13,70, Kartoffelfoden —.

### Wienmarkt.

Polener Börse vom 22. Juli. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 43,00 G., 5proz. Obligationen der Stadt Polen (100 G.-Zloty) vom Jahre 1926 92,00 G., 5proz. Dollarbriefe der Polener Landbank (1 D.) 90,00 B., 4proz. Konvertierungsanleihe der Pol. Landbank (100 Zloty) 38,50 G.